

2007-10-10

# Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4  
06844 Dessau-Roßlau  
Tel.: 0340/2040



## Niederschrift

über die Sitzung des Stadtrates am 19.09.2007

**Sitzungsbeginn:** 16:00 Uhr  
**Sitzungsende:** 20:45 Uhr  
**Sitzungsort:** Ratssaal

**Leitung der Sitzung:** Herr Dr. Exner Stadtratsvorsitzender  
Herr Hoffmann 1. Stellvertreter  
Frau Storz 2. Stellvertreterin

**Anwesend:** Soll: 50 Ist: 44

Die Ist-Zahl entspricht der Höchstzahl der anwesenden Stadträte; Änderungen während der Sitzung sowie das Stimmrecht des Oberbürgermeisters wurden bei den Abstimmungsergebnissen berücksichtigt.

### Es fehlten:

**Fraktion der CDU**  
Brumme, Kurt

**Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau**  
Stabbert-Kühl, Sabine Unentschuldigt  
Stöbe, Karin

**Fraktion der SPD**  
Laue, Harald

**Fraktion Bürgerliste/DIE GRÜNEN**  
Schmidt, Holger Dr.

**Fraktion Pro Dessau-Roßlau/NEUES FORUM**  
Schröter, Steffen

**Herr Dr. Exner, Stadtratsvorsitzender**, eröffnete die Sitzung und verpflichtete Herrn Gebhardt, SPD-Fraktion und Herrn Maloszyk, FDP-Fraktion zur Erfüllung ihrer Amtspflichten entsprechend der Gemeindeordnung des Landes Sachsen-Anhalt § 51 Absatz 2.

## Öffentliche Tagesordnungspunkte

### 1. **Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, Feststellung der Beschlussfähigkeit**

**Herr Dr. Exner, Stadtratsvorsitzender**, stellte fest, dass der Stadtrat nach Prüfung ordnungsgemäß, d. h. frist- und formgerecht eingeladen wurde. Es sind z. Z. 40 Stadträte sowie der Oberbürgermeister anwesend.

### 2. **Beschlussfassung der Tagesordnung**

**Herr Stadtratsvorsitzender Dr. Exner** verwies bezüglich des Tagesordnungspunktes 3 darauf, dass auch das Protokoll der konstituierenden Stadtratssitzung vom 01.07.2007 ausgereicht worden ist. Wenn kein Widerspruch besteht, würde dieses ebenfalls zur Genehmigung gestellt werden.

**Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, bemerkte, dass ihm das Protokoll der Stadt Roßlau vom 20.06.2007 nicht vorliege. Da der jetzige Stadtrat der Rechtsnachfolger ist, müsste dieses allen Stadträten vorliegen.

Richtig ist, dass die Stadt Dessau-Roßlau Rechtsnachfolger ist und damit dieser Stadtrat über das Protokoll beschließen muss, erwiderte **Herr Dr. Exner, Stadtratsvorsitzender**. Das Protokoll sei aber tatsächlich nur an diejenigen ausgereicht worden, die in Roßlau an der Sitzung teilnahmen.

Das Protokoll vom 20.06.2007 haben alle dort anwesenden Stadträte der Stadt Roßlau erhalten, bestätigte **Herr Bähr, FDP-Fraktion**.

Alle Protokolle wurden ausgereicht, merkte Herr Dr. Exner nochmals an. Durch ein redaktionelles Problem wurde das Protokoll vom 01.07.07 nicht in der heutigen Tagesordnung benannt, was er zu entschuldigen bitte. Des Weiteren habe man eine Beschlussvorlage, die heute unter dem Tagesordnungspunkt 7.12 eingeordnet werden soll. Sie war gesondert ausgereicht worden, erklärte **Herr Dr. Exner, Stadtratsvorsitzender**. Da sie aber nicht Gegenstand der Einladung war, brauche man die Zustimmung von 2/3 der nominalen Mitglieder des Stadtrates, was 32 Stadträte seien. Angesichts dessen brachte Herr Dr. Exner die Ergänzung zur Tagesordnung um 7.12 - Beitritt der Stadt Dessau-Roßlau zum Genehmigungsbescheid des Landesverwaltungsamtes vom 12.09.2007, betreffend die Hauptsatzung der Stadt Dessau-Roßlau - was im Hauptausschuss und mit den Fraktionen eingehend besprochen wurde - zur Abstimmung.

Die Vorlage wurde mit mehrheitlicher Zustimmung (37:04:00) auf die Tagesordnung gesetzt.

Bezüglich der Anfrage von **Herrn Dr. Plettner, FDP-Fraktion**, unter welchem Tagesordnungspunkt über die Sitzordnung gesprochen werde, legte **Herr Dr. Exner, Stadtratsvorsitzender**, dar, man habe von einem Teil der Fraktionen Rückläufe. Als offiziellen Tagesordnungspunkt würde er das Thema zurückstellen, aber über diese Frage noch reden wollen.

Der Tagesordnung wurde in geänderter Form zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:** 38:00:03

### **3. Genehmigung der Niederschriften zur Sitzung des Stadtrates Roßlau vom 20.06.2007 und des Stadtrates der Stadt Dessau-Roßlau vom 01.07. und 11.07.2007**

**Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, bezog sich auf die Seiten 8/9 des Protokolls vom 11.07.2007 zur Anfrage von Frau Lohde zum Thema 100-€ Wohnungen von der DWG. Geantwortet habe Herr BM Gröger mit Bezug auf die Wohnungsgenossenschaft unter Nennung von Herrn Tschammer, was nicht zusammenpasse.

**Herr BM Gröger** bestätigte, das müsse im Protokoll korrigiert werden. Der Vorgang an sich sei an alle schriftlich beantwortet worden.

**Herr Dr. Exner, Stadtratsvorsitzender**, bat bezüglich der Niederschrift vom 11.07.2007 um die Korrektur der dargestellten Zahl der anwesenden Stadträte. Richtig sei die Ist-Zahl **47**.

Die Niederschrift des Stadtrates Roßlau vom 20.06.2007 wurde genehmigt (30:00:11).

Die Niederschrift des Stadtrates der Stadt Dessau-Roßlau vom 01.07.2007 wurde genehmigt (39:00:02), ebenfalls wurde der Niederschrift vom 11.07.2007 (36:02:03) zugestimmt.

## **4. Berichte des Oberbürgermeisters**

### **4.1 Information über wesentliche Angelegenheiten der Stadt**

**Herr Oberbürgermeister Koschig** zitierte zunächst den Rütli-Schwur aus Schillers Wilhelm Tell: „Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern, in keiner Not uns trennen und Gefahr, wir wollen frei sein, wie die Väter waren, eher den Tod als in der Knechtschaft leben“. Das Stück war auf der Wasserburg in Roßlau in einer sehenswerten Inszenierung für Puppentheater im Rahmen des Mitteldeutschen Puppentheaterfestivals am 09. September zu hören und zu sehen. Auch in diesem Jahr waren die Aufführungen auf der Burg ausgezeichnet besucht und fanden unter dem jungen Publikum begeisterte Aufnahme.

Leider hat es sich noch nicht in dem wünschenswerten Maße herumgesprochen, dass Puppentheater eigentlich für Erwachsene gemacht wird. Für besagten Tell trifft es jedenfalls zu. Es war sehenswert, was auch auf den KNIE-NOT-Abend unseres Puppentheaters zutrifft. Unser Puppentheater pflegt eine ausgezeichnete Zusammenarbeit mit dem sehr renommierten und ambitionierten Magdeburger Puppentheater. Mit der neuen Spielstätte im Alten Theater kann diese Zusammenarbeit noch weiter ausgebaut werden.

Was besagtes Tell-Zitat betrifft, so haben sich in unserem Hause auch Stadträte aus drei Fraktionen zusammengefunden, um gemeinsam die Stadtentwicklung voranzutreiben, um sich gemeinsam den Herausforderungen in der Doppelstadt Dessau-Roßlau zu stellen. Herr Oberbürgermeister Koschig wünscht sich, dass möglichst viele Stadträte dieses Angebot zur konstruktiven Zusammenarbeit annehmen, denn hier sehe er die

richtigen und richtungweisenden Signale, diese Herausforderungen auch zum Wohl unserer Stadt und ihrer Bürger bewältigen zu können.

Herr Koschig habe in der Zwischenzeit verschiedene Einladungen zu Fraktionssitzungen bekommen, die er auch gern angenommen habe.

An der **Neuordnung des Stadtrechts** wird entsprechend des in der Informationsvorlage 07/2007 vorgelegten Zeitplanes gearbeitet.

Die Beschlüsse des Stadtrates vom 11.07.2007 dienen der weiteren Konstituierung des Stadtrates und seiner Gremien sowie von Aufsichtsräten und Kuratorien. Die meisten haben inzwischen ihre Arbeit aufgenommen. Für die Schiedsstellen, auch hier gab es eine Vorlage, gibt es zwei weitere Nominierungen, die in der nächsten Stadtratssitzung am 24. Oktober 2007 behandelt werden.

Die **Gebietsänderungsangelegenheiten** beschäftigen uns auch weiterhin. Mit allen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern des Wörlitzer Winkels gab es ein Gespräch mit dem Innenminister Hövelmann am 7. September 2007 in Oranienbaum, wo die weiteren Schritte besprochen wurden. Die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der Verwaltungsgemeinschaft Oranienbaum wollen sich bis November zu einer neuen Einheitsgemeinde positionieren.

Am 15. September kam es zu einer Fahrradsternfahrt zum Leiner Berg, um die Anliegen der Gemeinden und Bürgerinitiativen, die sich für eine Eingemeindung in die Stadt Dessau-Roßlau einsetzen, zu unterstützen. Herr Oberbürgermeister Koschig dankte allen Initiatoren, denn es sei wichtig, vor allem den Gemeinden Vockerode, Horstdorf sowie der Stadt Wörlitz weiterhin unsere unverminderte Zusammenarbeit und Solidarität zu dokumentieren. Für die Gemeinde Horstdorf ist am 7. Oktober 2007 noch einmal ein Bürgerentscheid vorgesehen. Dazu ist am 25. September 2007 eine Bürgerversammlung geplant. Sie findet in der Kirche zu Horstdorf statt. Er werde daran teilnehmen.

Am 8. September fand im Stadtteil Roßlau (Elbe) der diesjährige **Tag der offenen Unternehmen**, inzwischen zum fünften Mal statt. Veranstalter ist der Förderverein „Dessau - Raum für Ideen“ in Kooperation mit der Stadt Dessau Roßlau. Es präsentierten sich 12 Unternehmen entlang der Werftstraße, also der Roßlauer Schiffswerft und im Industriehafen in Roßlau, so die

- RSW Roßlauer Schiffswerft GmbH & Co. KG
- Industriehafen Roßlau GmbH
- Bader Catamarane + Composite und Industrieteile (Herr Krake)
- Dyckerhoff Beton GmbH & Co. KG
- Elektroinstallation Thiele
- Schrott Wetzels u.v.a.

Auch das Roßlauer Schifffahrtsmuseum konnte besichtigt werden. Die Veranstaltung wurde kulturell umrahmt. Herr Koschig hätte sich eine bessere Beteiligung des Stadtrates und des Roßlauer Ortschaftsrates gewünscht. Alle Beteiligten haben sich viel Mühe gegeben, was unsere Würdigung finden sollte. Er dankte alle Beteiligten.

Am gleichen Tage konnten in unserer Stadt **15-jährige Jubiläen** begangen werden, einmal des Fördervereins Technikmuseum Hugo Junkers und zum anderen des Ortsverbandes des THW in Dessau sowie der Katastrophenschutztruppe der Johanniter-Unfallhilfe in Dessau. Unter den Gratulanten war auch der Innenminister, Herr Hövelmann.

Was das Anliegen einer **Wasserkraftnutzung** an unserem Muldewehr betrifft, so hat der Landesbetrieb für Hochwasserschutz und Wasserwirtschaft das Wehr für eine Nutzung als Wasserkraftwerk inklusive einer Fischtreppe mit einem Schreiben, datiert vom 4. September, für den privaten Investor freigegeben.

Am 6. September fand die feierliche Einweihung des **Erweiterungsbaus der Firma Oncotec** in unserem Pharmapark in Rodleben mit einem Investitionsvolumen von 13 Mio. € statt. Es wird eine neue Produktionsstrecke gebaut, 24 neue Arbeitsplätze sind dabei entstanden. Unser Wirtschaftsminister Dr. Haseloff hat aus diesem Anlass die Firma Oncotec als Unternehmen des Monats September des Landes Sachsen-Anhalt ausgezeichnet.

Große Fortschritte macht auch der **Erweiterungsbau der Produktionshalle der Firma Cemag** auf dem Flugplatzgelände. Die gewaltigen Ausmaße der Anlage sind schon gut erkennbar. Das Richtfest soll noch in diesem Jahr stattfinden.

Gemeinsam mit dem Zentrenkonzept soll das **Einzelhandelsgutachten** am 4. Oktober im Beirat beraten werden. Das Einzelhandelsgutachten ist an die Firma GMA aus Ludwigsburg vergeben worden. Die Fertigstellung ist zum 30. November geplant.

Man habe sich für die Fortführung des **Optionsmodells** ausgesprochen. Die kommunale Beschäftigungsagentur im Gelände der ehemaligen Garnison in Roßlau unterstützt das und ist auch Bestandteil der Auseinandersetzungsvereinbarung mit den Landkreisen. Leider hat der Kreisausschuss des Landkreises Wittenberg einen Ausstieg aus dem Optionsmodell beschlossen. Gemeinsam mit dem Landrat Schulze ist man hier dabei, den Landkreis Wittenberg auf die Einhaltung der Vertragsinhalte hinzuweisen und sie einzuklagen.

Im Rahmen der **Gesundheitsvorsorge** fanden drei gut besuchte Veranstaltungen in unserer Stadt statt. Neben der Nacht im Städtischen Klinikum fand am 8. September ein Symposium gegen Darmkrebs und am 9. September die Initiative gegen Brustkrebs statt.

Zum **Baugeschehen** ist zu berichten, dass die Hauptstraße in Roßlau vom Jahnstein bis zur großen Marktstraße freigegeben werden konnte.

In der Zeit vom 9. bis 19. August war der Burgtheater e.V. Gastgeber für das 11. Burgsommertheater auf der Wasserburg Roßlau und bot gute Unterhaltung während der Spielpause des Anhaltischen Theaters. Das Sommertheater ist nur durch Unterstützung des Landes Sachsen-Anhalt und der Lotto-Toto Sachsen-Anhalt GmbH möglich, von denen wir hoffen, sie auch im nächsten Jahr wieder gewinnen zu können.

Bei herrlichem Sommerwetter haben Ende August zahlreiche Gäste die unterschiedlichsten Veranstaltungen zum traditionellen **Heimat- und Schifferfest** besucht. Höhe-

punkt war sicher der Wassersporttag an der Elbe, welcher mit einem Bootskorso und der Neptun-Taufe seinen Abschluss fand. Da nach dem Fest vor dem Fest ist, gilt heute schon der Aufruf an den Ortschaftsrat Roßlau, sich aktiv in die Festvorbereitungen für das nächste Jahr einzubringen.

Beginnend mit dem 25. August wurde in Dessau-Roßlau die **Farbe Gelb gefeiert**. In Kooperation mit der Stiftung Bauhaus sowie dem finanziellen Engagement des Landes Sachsen-Anhalt und der Stadtsparkasse haben wir mit zahlreichen Partnern zu ganz unterschiedlichen Veranstaltungen eingeladen. Stellvertretend nannte Herr Oberbürgermeister Koschig die Vollmondnacht im Schloss und Park Georgium, die gleichsam auch an 80 Jahre Gemäldegalerie erinnerte, und den Film „The Yellow Submarine“ im Umweltbundesamt.

Am 1. September konnten sich zahlreiche Besucher bei Theater Openair auf die kommende Spielzeit des Anhaltischen Theaters einstimmen, bevor dann über 10.000 Besucher mit dem Farbfestumzug zum Bauhaus zogen und dort ein Kunstfest feierten.

Auch auf dem Gebiet des **Sportes** fanden in der Sommerpause einige Höhepunkte statt: Am 23. Juli gab es einen Fußballvergleich zwischen Leeds United und Energie Cottbus. Am 19. August fand der Handball-Champion-Cup in der Anhalt Arena mit einem sehr ermutigenden Auftritt unserer eigenen Mannschaft aus Dessau-Roßlau statt. Weiterhin wurde am 2. September das spannende 7. Dessauer City-Radrennen durchgeführt.

Den Abschluss des Sportsommers bildet auch in diesem Jahr der 9. internationale City-Lauf am Sonntag, 23. September, ab 10.30 Uhr, mit Start und Ziel am Fürst-Leopold-Carré. Herr Koschig lud alle Dessau-Roßlauer ein, sich daran zu beteiligen. Es ist auch Walking möglich.

Am 30.08.2007 fand ein Gespräch mit den beiden Landräten der Landkreise Anhalt-Bitterfeld und Wittenberg zur weiteren Verständigung über eine mögliche **Sparkassenfusion** der Sparkassen der Altkreise Wittenberg, Anhalt-Zerbst, Köthen, Bitterfeld und der Stadt Dessau statt. Man sei hier ein gutes Stück vorangekommen, um jetzt die Vorstandsmitglieder mit genügend Hausaufgaben zu versorgen, die Fusion der Sparkasse weiterhin voranzutreiben. Er habe den Verwaltungsrat unserer Stadtsparkasse auf der jüngsten Sitzung etwas ausführlicher darüber informiert. Die Federführung für die Sparkassenfusion hat die Sparkasse Bitterfeld, mit ihrem Vorstandsvorsitzenden, Herrn Halbritter, übernommen, da sie aufnehmende Sparkasse werden soll.

Auf die **Ausschreibung der Stelle des Generalintendanten** gingen 50 Bewerbungen ein. Die Findungskommission tagte dazu am 3. September und zog sieben Bewerber in die engere Wahl. Diese werden zur nächsten Zusammenkunft am 12. November 2007 eingeladen. Herr Oberbürgermeister Koschig dankte besonders Herrn Stadtrat Dr. Plettner für die aktive Mitarbeit in der Findungskommission.

Am 25. August wurde der diesjährige **Sachsenberg-Preis** der Stadt Roßlau an den Geschäftsführer der Roßlauer Schiffswerft, Herrn Dammann, für seine Verdienste um die Entwicklung dieses Unternehmens und sein ehrenamtliches Engagement in der Stadt übergeben.

In der Zeit vom 25.08. bis 01.09.2007 fand die **Seniorenwoche** mit einer sehr guten Resonanz unserer Seniorinnen und Senioren bei den vielfältigen Veranstaltungen statt. Auch hier ein herzliches Dankeschön an alle Organisatoren.

Ebenfalls ging ein Dankeschön an alle, die an der Vorbereitung und Durchführung des **Tages des offenen Denkmals** am 9. September beteiligt waren. In allen geöffneten Kirchen, die in diesem Jahr im Mittelpunkt standen, fanden sich viele Besucher ein. Auch die Fahrradtour hat eine Rekordteilnehmerzahl vermelden können. Diese führte von Waldersee durch die Innenstadt bis nach Roßlau zur Katholischen Hertz-Jesu-Kirche.

Am 12. September 2007 fand die **1. Tagung zum Lokalen Aktionsplan für Demokratie und Toleranz** (LAP) der Stadt Dessau-Roßlau statt. Wir haben aufgerufen, Projekte, Vorhaben, Initiativen im Kampf gegen Rechtsextremismus und für Demokratie und Toleranz einzureichen.

Am 14. September 2007 wurde im Anschluss an das erste Sinfoniekonzert an Herrn Martin Schulze, stellv. Konzertmeister der Anhaltischen Philharmonie der **Titel Kammermusiker verliehen**. Das hatte der Theaterausschuss im Frühjahr beschlossen. Es war ein sehr schönes Sinfoniekonzert im Rahmen unserer Ehrungen anlässlich des 500. Geburtstages von Fürst Georg, dem Gottseligen. Der Höhepunkt werde jetzt am Wochenende sein. Herr Oberbürgermeister Koschig lud alle Stadträte zu den Veranstaltungen

am Freitag zur Ausstellungseröffnung in das Stadtgeschichtsmuseum  
und zum Festakt um 19.30 Uhr in die Marienkirche

ein.

Weiterhin informierte Herr OB Koschig über das **Ergebnis der Tarifverhandlungen** vom 18. September 2007, welches auch schon in der Presse bekannt gegeben wurde. Die Tarifverhandlungen des Kommunalen Arbeitgeberverbandes und der Dienstleistungsgewerkschaft verdi. fanden am gestrigen Tag in unserem Hause statt. Es konnten ein Tarifvertrag mit einer Laufzeit bis zum 31.10.2010 und damit eine große Planungssicherheit für unser Haus vereinbart werden. Die Vereinbarung beinhaltet für den Zeitraum November und Dezember 2007 eine 38-Stunden-Woche und ab 1. Januar 2008 bis zum Ablauf des Vertrages am 31.10.2010 die 37-Stunden-Woche. Weitere Informationen werde Herr Koschig in der Hauptausschusssitzung am 10. Oktober 2007 geben. Die Erklärungsfrist zur Vereinbarung endet am 15. Oktober 2007.

In jüngster Zeit erreichten ihn, Herrn OB Koschig, zunehmend **Bittgesuche von Vereinen** um kommunale Zuschüsse überhaupt bzw. um die Erhöhung bereits gewährter Subsidien. Er könne jeden einzelnen Antrag sehr gut nachvollziehen. Jedes Engagement, was dahinter steht, ist sehr wichtig für unsere Stadt bzw. für die zu fördernden Gruppen in unserer Stadt. Daran möchte er keinen Zweifel hegen. Aber unsere Stadt befindet sich auch in einer äußerst schwierigen Haushaltslage. Der Haushalt 2007 der Stadt Dessau wurde nur unter der Auflage einer strengen und umfassenden Haushaltssperre für den Verwaltungshaushalt genehmigt. Es tue natürlich sehr weh, gerade diese wichtigen Anliegen dann ablehnen zu müssen. Wir müssen aber auch zunehmend beginnen, uns mit unseren Anliegen vom Staat und von der Stadt abzunabeln, weil vieles nicht mehr leistbar ist, künftig nicht mehr leistbar sein wird. Wir überfordern Staat und Kommune. Er habe den Eindruck, dass wir oftmals vielleicht sogar unsere Bürger dabei

unterfordern. Das jüngste Beispiel ist der heute in der Mitteldeutschen Zeitung veröffentlichte Aufruf von Herrn Kleber, DGB-Regionalverband, zum morgigen Weltkindertag, wo die Bildung eines Schulmittelfonds für minderbemittelte Kinder gefordert wird. Natürlich ist das ein ernst zu nehmendes Problem und natürlich könne sich auch, wie hier gefordert, die Stadt intensiv darum kümmern, wenn von den Verantwortlichen die Einrichtung eines kommunalen Schulmittelfonds für Dessau-Roßlau zur Unterstützung von Kindern aus einkommensschwachen Haushalten gefordert wird. An der Stelle wolle er an einen gut bekannten Ausspruch von John F. Kennedy erinnern: „Frage nicht, was der Staat für dich tun kann, sondern frage, was du für den Staat tun kannst.“ Natürlich können wir in unserer Stadt einen solchen Fonds einrichten, aber wenn wir es tun, werde es teuer und wir werden wieder ein Stück mehr Verwaltung vorhalten müssen und natürlich wird, wenn wir es tun, wieder ein Stück zusätzliche Bürokratie erzeugt. Seine Frage an der Stelle, diese ist nur zum Nachdenken: Warum geht das nicht auch in Nachbarschaftshilfe? Er erlaube sich dabei sogar die Frage: Warum macht es sich nicht sogar der DGB zur Aufgabe? Der DGB ist mindestens genau so dicht an unseren Bürgerinnen und Bürgern dran, wie Stadtverwaltung und Stadtrat.

Herr OB Koschig lud die Stadträte ein, die anstehenden **Haushaltsdiskussionen** auch zu Diskussionen über zu Leistendes und Leistbares zu nutzen. Er möchte dabei alle einladen, unser Handeln von den Staatsprinzipien freiheitlicher Demokratien leiten zu lassen: Subsidiarität und selbstverständlich auch Solidarität.

Seinen Bericht ergänzend, erwähnte Herr Oberbürgermeister Koschig den Tag des Stadtumbaus am 15. September 2007. Auch hier dankte er allen ganz herzlich, die an der Vorbereitung und Durchführung mitgewirkt haben. Die Aktion war wieder hervorragend von der Bürgerschaft angenommen worden.

Herr OB Koschig wünschte einen erfolgreichen Sitzungsverlauf und dankte für die Aufmerksamkeit.

#### **4.2 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums**

**Herr Oberbürgermeister Koschig** gab bekannt, dass der Stadtrat am 11. Juli einen Beschluss zur Versetzung des Beigeordneten für Soziales, Herrn Focke, in den Ruhestand auf eigenen Wunsch mit Ablauf des 3. November 2007 fasste. Herr Focke befindet sich zurzeit im Krankenhaus. Alle guten Genesungswünsche dürfen ihn von hier aus begleiten.

#### **5. Einwohnerfragestunde**

**Herr Horst Lingner**, wohnhaft in 06842 Dessau-Roßlau, Lutherstraße 31, erklärte, er habe ein Problem, was er schon öfter hier angesprochen habe. Leider bekomme man keine Antwort auf seine e-Mail von Herrn Ehm, von Frau Lohde oder von Herrn Eichelberg. Deshalb wolle er das Problem hier ansprechen. Die MZ streiche übrigens solche Sachen auch aus den Leserbriefen.

Er stellte an Herrn BM Gröger die Frage, ob dieser eigentlich die Fenster seines Wohnhauses öffnen könne. Er selbst habe damit ein Problem, was er ansprechen wolle. Mo-

natelang stinkt es widerlich im Bereich Lutherstraße/Daheimstraße und je nach Windrichtung auch in den angrenzenden Straßen. Es sei zum Erbrechen, was heute auch passiert sei. Eine Dame habe erbrochen, was eine Körperverletzung und somit ein Straftatbestand sei. Man wisse nicht, ob es gesundheitsschädlich ist, was durchaus möglich sei. Herr Lingner fragte, was die Stadtverwaltung dazu getan habe. Er sage: Nichts. Auch die Stadträte sind nicht gekommen und haben gesagt, Herr Lingner, wo liegt das Problem, wo könne wir helfen. Nicht ein einziger Stadtrat komme auf die Idee und interessiert sich dafür. Wer sich das ansehen möchte, könne gern in diese Ecke kommen und er könne einige Dinge zeigen, welche haarsträubend seien. Wenn sich keiner darum kümmert, was soll damit werden? Soll der Gestank weiter von den Bürgern ertragen werden? Da die Stadt bisher nicht gehandelt habe, rufe er dazu öffentlich auf, dass endlich dieser Zustand beseitigt wird. Die Bürger ertragen das nicht mehr. Es sei widerlich, stinke furchtbar und sei schlimmer als zu DDR-Zeiten. Das könne er mit Fug und Recht betonen. Die Stadträte haben einen Eid geschworen und wollen sicher, dass Schaden von den Bürgern abgewandt wird, weshalb er sie bitte, endlich einmal zu handeln.

**Herr BM Gröger** entgegnete, man habe in diesem Zusammenhang mehrere Gespräche, insbesondere nach dem Brand geführt. Man wisse, es handelt sich um eine nach Bundesimmissionsschutz genehmigte Anlage, die letztendlich in Verbindung mit dem Landesverwaltungsamt in die Kontrollen zu nehmen ist. Er bot Herrn Lingner an, ohne dass er an ihn geschrieben hatte, von ihm eine Erklärung zu erhalten. Man werde das morgen mit dem Umweltbundesamt besprechen und den gesamten Vorgang noch einmal analysieren und versuchen, das Landesverwaltungsamt in die Pflicht zu nehmen.

Ergänzend legte **Herr Lingner** dar, es handelt sich nicht um die Anlage WAD, sondern es gehe hier um das Problem Melasse in diesen großen Behältern, die sich auf dem Gelände der Gärungschemie befinden. Diese seien im Laufe der Jahrzehnte langsam schrottreif geworden, so dass das ausdunstet, was sich darin befindet. Er stehe mit Frau Dr. Kegler, welche die einzige Ansprechpartnerin bisher sei, in sehr enger Verbindung.

Er nahm an, es gehe erneut um WAD, legte **Herr Bürgermeister Gröger** dar, weil man die Probleme über lange Zeit hatte. Dennoch werde er das angesprochene Problem abprüfen und das Gespräch mit dem Betreiber suchen. Er bleibe also bei seiner Aussage.

**Frau Lohde, CDU-Fraktion**, wies die Art und Weise des Auftretens von Herrn Lingner zurück und merkte an, das was er mache, sei eine Beleidigung. Weder in der Fraktion noch in der CDU habe man eine e-Mail von Herrn Lingner bekommen. Vielleicht sage Herr Lingner, wann er es geschickt hat. Man könne gern in Kontakt treten, aber die Art und Weise lehne sie ab. Herr Lingner hätte auch zum Telefon greifen und in der CDU anrufen können. Es gebe viele Wege, sich an die CDU und auch an andere Fraktionen zu wenden. Aber in dieser Art und Weise nicht.

Frau Lohde habe es auf den Punkt gebracht und ihm gehe es genauso, bemerkte **Herr Eichelberg, SPD-Fraktion**. Weder die Fraktion, noch der Vorstand kennen diese e-Mail. In jedem Amtsblatt seien die Telefonnummern veröffentlicht, welche genutzt werden sollten. Das gelte auch für die e-Mail-Adresse. Man könne gern nachschauen, jedoch ist keine e-Mail angekommen.

An Frau Lohde gewandt, führte **Herr Lingner** aus, Computer haben es an sich, dass sie speichern. Man habe schon öfters per Computer miteinander korrespondiert. Genauso sei es bei Herrn Eichelberg. Er wolle niemanden öffentlich beleidigen, sondern er habe einen Zustand geschildert, der für die Bürger unerträglich ist und auf den man einfach reagieren müsse.

**Herr Ginskey, Alte Leipziger Str. 13**, brachte seine Freude dahingehend zum Ausdruck, dass der Oberbürgermeister heute etwas über die Wasserkraftnutzung an der Mulde gesagt hat und dass jetzt die Genehmigung vorliegt, dort etwas zu tun. Er habe in der MZ das Bild gesehen, wo man in Raguhn bald fertig ist. Im nächsten Jahr sollen dort 2 Turbinen laufen mit Fischtreppe. Schon 1999 hatte er einen Brief an den damaligen Oberbürgermeister geschrieben, dass wir die Wasserkraft an der Mulde nutzen können. Herr Kleinschmidt hatte ausgerechnet, dass hier 2.520 Megawattstunden Strom erzeugt werden. Also realistische Jahresstromerzeugung. Der Investitionsaufwand liegt bei ca. 7,1 Mio. DM. In Raguhn mache es jetzt die Enercon, welche sonst für Windkraftanlagen zuständig sind, aber jetzt auch die Wasserkraft nutzen.

An dieser Stelle unterbrach Herr Dr. Exner mit dem Hinweis, dass es sich um eine Einwohnerfragestunde handelt.

**Herr Ginskey** stellte die Frage, wann die Stadt Dessau nicht nur das Wasser aus der Mulde holt, sondern auch Strom, also Energie.

**Herr Oberbürgermeister Koschig** erwiderte, möglicherweise habe Herr Ginskey seinen Bericht nicht richtig verstanden. Der private Investor habe lediglich die Zustimmung des LHW für eine private Investition an der Stelle mit Fischtreppe erhalten, weil dann zwei Anliegen gleichzeitig gelöst werden können. Es heißt also nicht, dass morgen mit dem Bau angefangen wird. Was die Stadt Dessau-Roßlau selbst betrifft, haben sich die Stadtwerke mit dem Thema beschäftigt und es für eigenes unternehmerisches Handeln als völlig ausreichend erkannt, weshalb grünes Licht gegeben wird für private Investitionen an der Stelle.

Er wolle nicht, dass der Wehrkörper angegriffen wird, sondern auch ein Bypass gelegt, wie es in Raguhn gemacht wird, erklärte Herr Ginskey.

Dennoch ist die Zustimmung des Landesbetriebes für Hochwasserschutz und Wasserwirtschaft der Einstieg, merkte **Herr Bürgermeister Gröger** an. Die Errichtung einer solchen Anlage setzt ein kompliziertes, naturschutzrechtliches und in diesem Falle sogar denkmalrechtliches Verfahren voraus, das dann angegangen werden kann. Dazu müsse allerdings der Investor die entsprechenden Unterlagen vorlegen, nach denen die Umweltverträglichkeit und die Einordnung in die Denkmalsbereiche abgeprüft werden. Er betonte, dass es erst die erste Freigabe ist, nicht dass man davon ausgeht, dass morgen geplant und übermorgen gebaut wird. Es sei keine öffentliche Investition, sondern es werde eine private Investition sein, so wie in Raguhn.

**Herr Ginskey** merkte an, diese würden dann das Geld absahnen, da es für die eingespeiste kW-Stunde 8 Cent gibt. Dazu gebe es betriebswirtschaftliche Untersuchungen der DVV, die diese geschilderte Gewinnsituation ausschließt, entgegnete **Herr Bürgermeister Gröger**.

Weitere Anfragen wurden nicht gestellt.

## **6. Öffentliche Informationen und Anfragen der Fraktionen und der Beigeordneten**

### **6.1 Information über die Leitfäden des Ministeriums des Innern des Landes Sachsen-Anhalt für die Arbeit als Aufsichtsratsmitglied in kommunalen Unternehmen**

**Vorlage: DR/IV/028/2007/II-20**

Die Informationsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

### **6.2 Lärmkartierung gemäß 34. BImSchV für die Städte Dessau und Roßlau**

**Vorlage: DR/IV/008/2007/VI-83**

**Herr Böhler, Fraktion Pro Dessau-Roßlau/NEUES FORUM**, führte aus, in den Anlagen fehlen wesentliche Straßen, die momentan noch erheblich belastet sind und die im Anschluss möglicherweise durch das geplante Tangentensystem zu einer Entlastung führen können. Es wäre günstig, in diesem Plan die Karlstraße nebst Schlachthofstraße in dem Bereich in diese Kartierung aufzunehmen und die tatsächliche Belastung der Bürger in den Straßenzügen zu ermitteln, um entsprechend handeln zu können. Nicht nachvollziehbar ist, warum der komplette Verlauf Heidestraße, zwischen Museumskreuzung und Anbindung Tangente Friedhof III sowie die Ziebigker Straße fehlen.

Diese Lärmkartierung ist der Anfang und beziehe sich im Wesentlichen auf Bundesstraßen, bemerkte **Herr Bürgermeister Gröger**. Sie war Gegenstand einer intensiven Behandlung im Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt. Er bat Herrn Kniestedt, Sb Immissionsschutzrechtlicher Vollzug, um Ausführungen.

**Herr Kniestedt** legte dar, die Aufgabenstellung in der 1. Stufe der Lärmkartierung war, alle Straßen mit mehr als 6 Mio. Kraftfahrzeugen pro Jahr zu kartieren, was auch erfolgte. Die Heidestraße und Karlstraße/Schlachthofstraße seien Straßen, die die Belegungszahlen derzeit nicht erreichen. 6 Mio. pro Jahr heißt, 16.400 Kraftfahrzeuge täglich. Diese Belegung war dort nicht vorhanden, weshalb diese Straßen nicht kartiert wurden. Das soll nicht heißen, dass dort keine Lärmbelastung durch Verkehrslärm auftritt, aber der Auslöseschwellwert wurde nicht erreicht.

**Herr Dr. Weber, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, stellte die Frage, warum für Dessau das Ganze in 1:30.000 im Maßstab angegeben wurde und für Roßlau 1:10.000. Bei 1:10.000 liegen wesentlich bessere Planungsunterlagen vor. Liegt der Unterschied an dem jetzigen Ausdruck, oder liegen für beide Stadtteile Daten im Maßstab 1:10.000 vor?

**Herr Kniestedt** bestätigte, dass es dem Ausdruck geschuldet ist und im Internet dieser Maßstab ebenfalls einsehbar ist.

Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen

### **6.3. Öffentliche Informationen und Anfragen**

Herr Dr. Exner verwies auf die schriftlich ausgereichte Hochwasserinformation. Anfragen diesbezüglich wurden nicht gestellt.

**Frau Ehlert, Fraktion Die Linke.**, verwies auf den in der Tagesordnung aufgenommenen Punkt 7.12. Sie erinnerte daran, dass man eigentlich in der konstituierenden Sitzung etwas anderes beschlossen hatte. Man hatte sich dahingehend geeinigt, dass sowohl die Hauptsatzung als auch die Geschäftsordnung bis zum 31.12.2007 vorläufig ist und somit die Stadträte Gelegenheit haben, diese zu überarbeiten. Es war zum Zeitpunkt 01.07.2007 bekannt, dass es sehr wohl Voten gibt, gerade von den Ortschaftsräten, die sich bezüglich der Hauptsatzung zurückgesetzt fühlen und das ihres Erachtens zu Recht.

**Herr Dr. Exner, Stadtratsvorsitzender**, unterbrach Frau Ehlert mit dem Hinweis, dass dieses Thema Inhalt der Tagesordnung ist und in diesem TOP darüber diskutiert werden könne. Sie sei gern bereit, den Antrag unter Punkt 7.12 zu stellen, entgegnete Frau Ehlert und bezog sich des Weiteren auf den TOP 7.11, Ausbau der B 187.

Auf den Hinweis von **Herrn Dr. Exner, Stadtratsvorsitzender**, dies bitte auch unter dem TOP 7.11 zu diskutieren, erwiderte **Frau Ehlert**, im Punkt 7.11 gehe es um Mosigkau und sie wolle wenigstens nachfragen, ob der Herr Baudezernent gewillt ist, auch die Bürger von Kochstedt zu informieren, welche Beeinträchtigungen sie dadurch erfahren und welche Maßnahmen für Kochstedt vorgesehen sind, um die Verkehrsregelungen und Umleitungen auch durchführen zu können. Bisher habe es in Kochstedt noch keine Bürgerversammlungen dazu gegeben. Das gehöre schon in den öffentlichen Teil.

**Herr Stadtratsvorsitzender, Dr. Exner**, verwies darauf, dass der TOP 7.11 auch Bestandteil der öffentlichen Tagesordnung sei. Sie könne alles fragen, aber er wolle es strukturiert haben.

In dem TOP 7.11 gehe es um andere Dinge, stellte **Frau Ehlert** fest. Es gehe um Mosigkau. Sie denke, dass auch die Bürger von Kochstedt dazu informiert werden sollten. Es gibt Ideen, wie man das Problem auch für Kochstedt lösen kann.

**Frau Ehlert** verwies abschließend auf die angesprochene morgige Aktion zum Weltkindertag. Sie finde die vorgetragene Einstellung bedauerlich, denn man wisse, dass genau die Einmalzahlung für Einschulungen nicht mehr bei den Zahlungen von ALG II vorgesehen ist. Genau um diese Kinder gehe es morgen und sie werde sich an die Spitze dieser Aktion stellen.

**Herr Maloszyk, FDP-Fraktion**, verwies auf die Geschäftsordnung, welche vorsehe, dass zu Themen, die auf der Tagesordnung stehen, nicht in Anfragen oder dergleichen diskutiert wird.

Er habe erst einmal sehen wollen, in welche Richtung das geht, um dann zu entscheiden, ob es den Tagesordnungspunkt betrifft, erklärte **Herr Dr. Exner, Stadtratsvorsitzender**.

**Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, verwies auf die Hauptausschusssitzung, in der man sich einig war, wieder einen zeitweiligen beratenden Hochwasserausschuss zu bilden. Man hatte besprochen, dass es auf der heutigen Sitzung dazu ein Tagesordnungspunkt gibt, wobei es im Wesentlichen um die Einsetzung einerseits und um die Wahl der beratenden oder sachkundigen Bürger andererseits gehen sollte. Das ist nun nicht der Fall. Möglicherweise hat die eine oder andere Seite auf ei-

nen Antrag gewartet. Er habe ihn nicht gestellt und nehme an, ein anderer auch nicht, daher würde er es für die nächste Stadtratssitzung vorbereiten. Jetzt verweise er darauf, dass die Fraktionen die Bürger, die sie entsenden wollen, schriftlich an das Stadtratspräsidium benennen, damit es auch tatsächlich zu einer Beratung und Beschlussfassung in der nächsten Stadtratssitzung kommen kann.

Diese Vorlage wurde schon in der Oberbürgermeisterrunde behandelt und gehe jetzt in die zuständigen Ausschüsse, erklärte **Herr BM Gröger**.

In der letzten Hauptausschusssitzung wurde das anders besprochen, erwiderte **Herr Giese-Rehm**. Da es im Hauptausschuss besprochen war und alle Fraktionen davon Kenntnis hatten, ging er davon aus, dass man zur heutigen Tagesordnung eine Vorlage bekomme. Deshalb habe er das so angesprochen.

**Herr BM Gröger** führte aus, wenn man einen solchen Ausschuss erneut installiere, es handelt sich um eine freiwillige Geschichte, die uns niemand aufzwingt, wolle man speziell bei solchen Dingen die Fristen einhalten und einen solchen Beschluss nicht förmlich scheitern lassen. Deshalb soll der Beschluss in die Ausschüsse, wird dort beraten und bei der nächsten Stadtratssitzung zur Behandlung kommen. Das war in der Kürze der Zeit so von den Fristen, die man in der gültigen Hauptsatzung habe, nicht machbar.

**Herr Busch, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, bezog sich auf die Parkstraße, wo ihm zugetragen wurde, dass es Probleme mit dem Fahrradverkehr und Kollision mit den Fußgängern gibt. Diesbezüglich soll auch eine Unterschriftenliste übergeben worden sein. Er fragte nach, ob diese Liste übergeben wurde und wie die Verwaltung gedenkt, damit umzugehen. In Bezug auf die Kaufhalle am Bauhaus, welche zur gemeinsamen Bibliothek der Hochschule und der Stiftung Bauhaus Dessau umgebaut werden soll, stellte er die Frage nach dem groben Ablauf.

Zur ersten Frage liege ihm keine derartige Information vor, entgegnete **Herr BM Gröger**. Frau Lindner vom Straßenverkehrsamt und Ordnungsamt, bei der es hätte auch eingehen können, verneine es ebenfalls. Dort liege auch nichts vor. Wenn eine solche Anfrage vorliegt, wird sie selbstverständlich geprüft. Wenn es Handlungsbedarf gibt, weil es eine gefährliche Querung ist, müsse sich die Verwaltung positionieren und entsprechende Maßnahmen einleiten, so wie man es in allen solchen Fällen tue.

Zur Umnutzung des ehemaligen Bauhauscafé und der darunter liegenden Kaufhalle sei es insofern richtig, dass es Anfang September eine Beratung beim Staatssekretär Kramlich gegeben hat. Von dieser Beratung gibt es einen von Herrn Kramlich und der Stadt unterzeichnetes Protokoll, wonach das Land die erforderlichen Mittel in den Haushalt 2008 eingestellt hat. Wenn der Haushalt mit dieser eingestellten Summe bestätigt wird, werde unmittelbar danach mit dem Planungs- und Umbauprozess begonnen. Aus Sicht der Stadt sei dies eine wichtige Angelegenheit im Zusammenhang mit der Stärkung des urbanen Kerns rund um das Bauhaus. Gerade dieser Prozess war noch nie soweit wie jetzt. Aber es ist die Sache des Landtages, dann dieses Objekt so mit drin zu lassen. Er habe auch vernommen, dass der Landesbaubetrieb bereits mündlich diese Vorinformation hat.

**Herr Dr. Neubert, FDP-Fraktion**, stellte aufgrund von Anregungen der Bürger von Ziebigk/Siedlung Herrn BM Gröger die Frage, wann mit dem Bau der Bahnhofstraße be-

gonnen, mutmaßlich das Datum der Fertigstellung sein wird und wie sich die anzunehmenden Bauabläufe in die ursprünglichen Planungen einordnen.

Der Sollablaufplan, den man sich bei allen wichtigen Maßnahmen selbst vorgebe, sah vor, dass zum 10.09.2007 die Unterlagen für die Ausschreibung verschickt werden, erklärte **Herr Bürgermeister Gröger**. Das konnte man noch nicht tun, weil durch die Bahn AG die notwendigen Vereinbarungen zum Eingriff dieser Maßnahme in die Bahnanlagen zwar endverhandelt, aber noch nicht in unterschriebener Form vorliegen, insbesondere bei den von Mitfinanzierung durch die Bahn betroffenen Objekten. Wir sind an diesem Prozess dran. Jeder, der mit der Bahn schon einmal zu tun hatte, weiß wie schwierig es ist, bei der Bahn die notwendigen Partner zu finden. Dennoch halte man daran fest, dass in diesem Jahr die Ausschreibung erfolgt, im nächsten Jahr der Baubeginn vollzogen wird und spätestens im Frühjahr 2009 die Bahnhofstraße fertig gestellt wird.

Schriftlich habe man schon angefragt, legte **Frau Lohde, CDU-Fraktion**, dar. Sie sehe das im Zusammenhang damit, dass man die Öffentlichkeit frühzeitig und ausreichend informiert. Ein Einkaufszentrum soll in der Innenstadt von Wittenberg in einer Größenordnung entstehen, die unsere Stadt Dessau-Roßlau arg tangieren wird. Es wird von einem Einzugspotential von 10 bis 25 % aus der Dessau-Roßlauer Kaufkraft gesprochen. Sie stellte die Frage, wann über das, was dort passiert, informiert werden kann. Wenn das so einen Einfluss hat, würde sie bitten, auch die Öffentlichkeit über den Stand unserer Einzelhandelsnetzkonzeption und über die Abarbeitung Leitbild zu informieren. Wenn das zu einem Punkt X passiert, muss die Stadt etwas Ähnliches zur Attraktivitätserhöhung in unserem Zentrum schaffen.

Die Antwort ist in Arbeit, erwiderte **Herr Oberbürgermeister Koschig**. Wann diese herausgeht, könne er nicht sagen. Die Aussagen, die den Kaufkraftabfluss aus Dessau-Roßlau betreffen, könne er nicht bestätigen. Es gibt gleichwohl von der IHK dazu Untersuchungen. Dieses Vorhaben in Wittenberg führe eher dazu, dass die Kaufkraft, die aus dem Wittenberger Raum nach Dessau-Roßlau geflossen ist, in beträchtlichem Maße, er vermute mindestens in der Größenordnung, die Frau Lohde nannte, abfließt. Das Amt 80 hat den Auftrag, an der Antwort zu arbeiten.

**Herr Weber, CDU-Fraktion**, stellte fest, Herr Bürgermeister Gröger sei fast immer der, der die meisten Anfragen bekommt. 1995, als er in den Ortschaftsrat von Kleinkühnau gewählt wurde, hatte man schon eine Anfrage und eine Forderung aufgemacht bezüglich des Fahrradweges nördliche Hauptstraße in Kleinkühnau. Immerhin Radwanderweg Nr. 1. Gleiche Anfrage 1999, wo er nicht nur Mitglied des Ortschaftsrates, sondern Ortsbürgermeister war, auch in den nächsten Jahren habe man das immer wieder mit auf die Prioritätenliste gesetzt. Man schreibe das Jahr 2007. Er wisse nicht, ob man sich noch an Dr. Prescher erinnere. Als dieser 1999 mit der ganzen Fraktion zu uns zum Grillen kam, habe er sich damals schon so beschwert, dass ihm fast das Fahrrad auseinander fiel. Herr Weber stellte die Frage, ob damit zu rechnen ist, dass die Stadt die Gelegenheit nutzen wird, im Jahr 2007 oder 2008 diesen Fahrradweg zu reparieren.

Im Jahr 2007 wird nicht mehr damit zu rechnen sein, weil diese Maßnahme nicht im Haushalt des Jahres 2007 verankert ist, legte **Herr Bürgermeister Gröger** dar. Ob sie im Jahr 2008 verankert sein wird, werde man mit dem Haushalt 2008 entscheiden.

**Herr Puttkammer, CDU-Fraktion**, bezog sich auf den Friederikenwall. Augenscheinlich sind die Arbeiten dort eingestellt worden, ohne sie zu beenden. Er stellte die Frage, wann das erfolgen wird. In diesem Zusammenhang sind Erdmassen auf den Wiesen abgelagert worden, welche sich mittlerweile selbständig begrünt, aber doch einen Schandfleck an der Einfahrt in die Stadt bilden. Wasserseitig liege ein großer Baumstamm, welcher beim nächsten Hochwasser an einer anderen Stelle entsprechende Schäden anrichten könne. Wann wird dieser beseitigt?

**Herr Bürgermeister Gröger** führte aus, was bisher am Friederikenwall passiert ist, wurde aus zusätzlichen Mitteln, die aus anderen Vorhaben im vergangenen und in diesem Jahr übrig geblieben waren, finanziert. Es liege jetzt ein Schreiben des LHW vor, wonach weitere Mittel akquiriert wurden und der Friederikenwall und die anderen Objekte, die sich noch nicht einmal im Planungszustand befinden, aufgenommen werden könnten. Dazu gehört der Bereich Schloss Großkühnau, der Bereich in Waldersee an der Jonitzer Mühle, die Deiche Möster Höhen und die Schließung der Furt unterhalb der A9. Vordergründig seien natürlich diese Maßnahmen auf der Prioritätenliste des LHW zu sehen, die bereits begonnen wurden. Damit ist mit Sicherheit damit zu rechnen, dass, sobald das Geld durch das Land freigegeben und auch hier in Ansatz gebracht wird, die Baumaßnahmen weitergeführt werden und die mittlerweile begrünter Erdhalten ihre Verwendung finden. Was den Stamm in der Mulde angeht, sei die Mulde kein Gewässer, das sich in der Hoheitspflicht der Stadt Dessau-Roßlau befindet, denn wir sind nur zuständig für Gewässer zweiter Ordnung. Die Mulde sei ein Gewässer erster Ordnung. Man werde aber diesen Hinweis aufnehmen und das LHW bitten, Abhilfe zu schaffen.

Auf die Aussagen von Herrn Lingner zurückkommend, erklärte **Herr Ehm, CDU-Fraktion**, auch er habe keine e-Mail bekommen. Mehr könne er dazu nicht sagen. Sein Thema: „5 Jahre danach“. Es gab viele Berichterstattungen in der Presse über die 5 Jahre, die seit dem Hochwasser vergangen sind. Eines ist den Walderseern in dieser ganzen Berichterstattung, obwohl sie immer ausdrücklich darauf hingewiesen haben, viel zu kurz gekommen. Das sei der Dank der Walderseer. Man habe sich daraufhin die Mühe gemacht, weil das auch kein Thema für die Presse zu sein scheint, und haben im Telegrammstil eine DIN-A4-Seite voll den Gruppen gedankt, die alle geholfen haben. Man könnte gar nicht den Einzelpersonen danken und die Hilfeleistungen, die uns widerfahren sind, benennen. Herr Ehm übergab die Dankesliste an Herrn Oberbürgermeister Koschig und merkte an, man habe der Stadt Dessau, der Stadtverwaltung, den städtischen Betrieben natürlich auch gedankt, die sehr viel geholfen haben. Er bat, diesen Dank in geeigneter Weise weiter zu verbreiten.

**Frau Lohde, CDU-Fraktion**, kam auf ihre gestellten Anfragen zurück und erklärte, sie wolle die 2. Teilfrage noch etwas präziser stellen. Mit dem Hortenstandort verbunden sind große Ängste in der Zerbster Straße, was, wo hier passieren wird. Wir hatten zugesagt, an der Attraktivität der Innenstadt weiter arbeiten zu wollen. In diesem Zusammenhang bitte sie um Informationen der Öffentlichkeit, wie die weiteren Schritte aussehen werden, in welchen Zeiträumen, Leitbilddiskussion, Innenstadtentwicklung, Handelsnetzkonzeption, wie dort die Zeitabfolge sein wird.

Was den ersten Punkt betreffe, sei er, **Herr BM Gröger**, natürlich auch beunruhigt, aber jeder wisse, wie langwierig mitunter ein Prozess bei einem Einzelhandelskomplex sein kann. Das, was in der Zeitung signalisiert wurde, ist die einzige Information, die ihm vor-

liege. Es gibt aus Richtung Wittenberg als Nachbarn, wie das also die Landesbauordnung auch vorschreibe, kein Beteiligungsverfahren, in dem wir in einer Form aufgeklärt werden, was dort wirklich an Einzelhandelsdienstleistungsflächen und in welchen Zeiträumen gebaut wird. Dennoch ist es legitim, dass wir Kontakt mit Wittenberg aufnehmen und dort nähere Einzelheiten in Erfahrung bringen. Das sei sicherlich nicht das Problem. Was unser Einzelhandelskonzept betrifft, sei es so, dass die Vergabe erfolgt ist. Darüber und dass wir uns einen sehr engen Zeitrahmen gesteckt haben, hat der Oberbürgermeister berichtet. Dieses Einzelhandelskonzept wäre ja der wichtigste Punkt. Nicht so sehr das Zentrenkonzept, was sich ebenfalls in der Vorbereitung, Erarbeitung und Vergabe befindet, sondern das Einzelhandelskonzept, das berücksichtigt, welche Kaufkraft in der Region und in der Stadt aufgrund vorhandener und geplanter Einzelhandelsobjekte wohin fließen wird. Das wird Ende Oktober/Anfang November vorliegen und mit den Stadträten diskutiert. Man werde eine Zwischenrepräsentation und eine Vorpräsentation dazwischen schalten, was in den zuständigen Arbeitskreisen auch so vereinbart wurde. Dennoch sollte man versuchen, nähere Informationen über das, was Wittenberg vorhat, in Erfahrung zu bringen, um das mit nachzuschieben.

Zu der eigentlichen Leitbilddiskussion sei er, **Herr Oberbürgermeister Koschig**, in der Tat eine Antwort schuldig geblieben. Hierzu ist eine Beschlussvorlage in Arbeit und man habe sich in der Oberbürgermeisterdienstberatungsrunde damit beschäftigt. Der Zeitrahmen war zu weit gefasst. Diesen wolle man kürzer fassen, wie Herr BM Gröger auch schon erwähnt habe, so dass dies noch einmal zu überarbeiten ist. Dann könne der Stadtrat über die Terminabfolge präziser informiert werden.

**Herr Göricke, Freie Wähler**, bezog sich auf die Gemarkung Streetz/Natho. In Presse, Funk und Fernsehen werde mittlerweile verkündet, dass ein Pyramidengrab in der Nähe von Dessau errichtet werden soll. Diesbezüglich stellte er die Frage, ob schon eine Bau-voranfrage o. Ä. in der Stadt Dessau-Roßlau bekannt ist. An das Stadtratspräsidium gewandt, führte er aus, man habe am 01.07.2007 darauf hingewiesen, dass die Ortschaftsräte bei dem Prozess der Hauptsatzungsfindung und der Geschäftsordnung nicht eingebunden wurden. Er fragte, wie diesbezüglich gegengelenkt wurde, denn er sehe terminliche Schwierigkeiten, wenn man das bis zum 31.12.2007 hinbekommen will.

Es gibt keine Bauvoranfrage für den Bau einer Pyramide und es sei auch kein Bauvorhaben für den Bau einer solchen bekannt, weder in Streetz/Natho, noch in der gesamten Gemarkung der Stadt Dessau-Roßlau erklärte **Herr Oberbürgermeister Koschig**. Was die Hauptsatzung betrifft, habe man aufgerufen, dass sich alle einbringen und Vorschläge einreichen sollen, welche Änderungen vorzunehmen sind. Da seien auch die Ortschaftsräte inbegriffen, Vorschläge zu unterbreiten. Man befinde sich noch in dieser Phase des Einsammelns.

Es gebe zwei Dinge, führte **Frau Nußbeck, Beigeordnete für Haushalt und Finanzen**, aus. Man habe jetzt eine Hauptsatzung, welche bereits beschlossen und zur Genehmigung eingereicht ist. Es gibt jetzt die Genehmigung mit Auflagen vom Landesverwaltungsamt, wo in der heutigen Tagesordnung vorgeschlagen wird, dieser Genehmigung, diesen Auflagen beizutreten, damit man eine genehmigte Hauptsatzung habe. Aber parallel dazu gebe es den Prozess, dass ohnehin an der Hauptsatzung noch einmal gearbeitet wird. Zur Klarstellung bemerkte sie, die Ortschaftsräte müssen nicht zwangsweise im Verfahren beteiligt werden. Zu solchem Ortsrecht müssen nicht alle Ortschaftsräte

angehört werden. Wir tun es in dem Prozess, es ist ja gewollt, dass die Ortschaftsräte einbezogen werden, aber es ist kein Verfahrensfehler, dass es bis jetzt nicht passiert ist.

Er glaube nicht, dass Frau Nußbeck damit vollkommen Recht habe, entgegnete **Herr Göricke, Freie Wähler**. Es betreffe nicht die ganze Hauptsatzung, aber beim Ortsrecht habe der Ortschaftsrat sehr wohl ein Mitspracherecht. Konkret stellte er noch einmal die Frage, inwieweit die Ortschaftsräte direkt angesprochen wurden, dort mitzuarbeiten. Ist das erfolgt oder nicht?

Da die Frage an das Präsidium gerichtet war, wolle das Präsidium diese auch als Präsidium beantworten, erklärte **Herr Stadtratsvorsitzender Dr. Exner**. Das Präsidium habe sich intern auch mit dieser Frage beschäftigt und sei dabei, entsprechende Vorbereitungen zu treffen, um eine Geschäftsordnungskommission, die aus den Fraktionsvorsitzenden und dem Präsidium besteht, dazu zeitnah einzuberufen. Die Sache sei in Bearbeitung, müsse aber auch vernünftig vorbereitet werden. Das Präsidium hätte unter dem Punkt 7.12 auch darüber informiert.

Weitere Anfragen und Informationen gab es nicht.

## 7. **Beschlussfassungen**

### 7.1 **Wahl der stimmberechtigten Mitglieder des Jugendhilfeausschusses und deren Stellvertreter für die 5. Wahlperiode** Vorlage: DR/BV/159/2007/V-StR

**Herr Dr. Exner, Stadtratsvorsitzender**, machte eingangs zwei formale Anmerkungen. Die Stadträte haben die Anlage A, Wahlvorschläge aus den Fraktionen des Stadtrates, ausgereicht bekommen. Seitens der SPD-Fraktion wurde als weitere Stellvertretung Frau Sylvia Gernoth benannt, welche nachzutragen ist. Des Weiteren ist eine Anlage B ausgereicht worden. Bezüglich der benannten Stellvertreterin beim Stadtsportbund sei ein Übermittlungsfehler unterlaufen. Die Frau Grötsch schreibe sich nicht mit „Kaufmann“, sondern mit G wie „Gustav“.

**Herr Eichelberg, SPD-Fraktion**, bezog sich auf die Anlage B und verwies auf einen Anruf vom Jobcenter Dessau, dass auch sie ordnungsgemäß eingereicht haben, aber auf der Liste fehlen.

Das Jobcenter Dessau wurde entsprechend des Landesgesetzes angeschrieben und hat auch einen Vertreter benannt, erklärte **Frau Förster, Leiterin des Jugendamtes**, welche in Vertretung des amtierenden Dezernenten für Gesundheit und Soziales anwesend war. Das Jobcenter sei **kraft Gesetzes** Mitglied mit beratender Stimme.

**Herr Dr. Exner, Stadtratsvorsitzender**, verwies darauf, dass es sich hier um eine Wahl handelt. Im ersten Teil, in dem es um die stimmberechtigten Mitglieder und Stellvertreter des Jugendhilfeausschusses in der 5. Wahlperiode geht, sind 9 Stimmen zu vergeben. Es gebe 9 Bewerber, so dass, wenn es keinen Widerspruch gibt, offen abgestimmt werden kann. Seitens der Stadträte bestanden keine Bedenken gegen eine Beschlussfassung per Akklamation, so dass eine offene Abstimmung durchgeführt wurde.

**Herr Dr. Sauermilch, Fraktion Die Linke.**, erklärte sich **befangen** und nahm an der Abstimmung nicht teil.

Bezüglich der Anlage B, Wahlvorschläge der Wohlfahrtsverbände und anerkannte Träger der freien Jugendhilfe, verwies **Herr Dr. Exner, Stadtratsvorsitzender**, darauf, dass 6 Sitze zu vergeben sind. Da man mehr Bewerber habe, müsse die Wahl schriftlich erfolgen. Es erfolgte die Ausgabe der Stimmzettel.

Nach entsprechender Wahlhandlung und Auszählung der abgegebenen Stimmen gab **Herr Stadtratsvorsitzender Dr. Exner** das Ergebnis des Wahlganges bekannt.

Insgesamt nahmen 42 Stadträte und Stadträtinnen incl. des OB an der Abstimmung teil. Eine abgegebene Stimme war ungültig, so dass 41 gültige Stimmen vorliegen. Die erforderliche Mehrheit beträgt 21 Stimmen. Es gibt folgendes Ergebnis in der Reihenfolge der auf die Kandidaten entfallenden Stimmen:

	entf. Stimmen
<b>Stiftung Evangelische Jugendhilfe e.V.</b>	27
<b>Ölmühle Roßlau e.V.</b>	25
<b>Diakonisches Werk im Kirchenkreis Dessau e.V.</b>	24
<b>Stadtsporbund e.V.</b>	22

Diese vier Genannten sind in den Jugendhilfeausschuss gewählt.

Die folgenden Kandidaten erreichten nicht die erforderliche Mehrheit.

Caritasverband e.V.	19	
Diakonisches Werk im Kirchenkreis Zerbst e.V.		15
Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband e.V.	20	
Multikulturelles Zentrum e.V.	13	
Lebenshilfe Dessau e.V.	11	
Johanniter Unfall-Hilfe e.V.		16
Arbeiterwohlfahrt Wittenberg e.V.	3	
Verein für Straffälligen- und Gefährdetenhilfe Anhalt e.V.	11	
ASG e.V.	18	
Katholisches Pfarramt Hertz Jesu Roßlau	16	

Es macht sich für die Besetzung der zwei noch offenen Sitze ein zweiter Wahlgang erforderlich. Er wurde nach der anberaumten Pause durchgeführt und hatte folgendes Ergebnis:

Bei 42 abgegebenen Stimmen (eine ungültige Stimme) entfielen auf:

<b>ASG e.V.</b>	18	
<b>Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband e.V.</b>	17	
Caritasverband e.V.	16	
Diakonisches Werk im Kirchenkreis Zerbst e.V.		9
Multikulturelles Zentrum e.V.	4	
Lebenshilfe Dessau e.V.	1	
Johanniter Unfall-Hilfe e.V.		7
Arbeiterwohlfahrt Wittenberg e.V.	-	
Verein für Straffälligen- und Gefährdetenhilfe Anhalt e.V.	3	
Katholisches Pfarramt Hertz Jesu Roßlau	7	

Die Anlage A, Wahlvorschläge der Fraktionen, wurde beschlossen.

Aus der Anlage B erhielten nach Wahl je einen Sitz:

- **Stiftung Evangelische Jugendhilfe e.V.**
- **Ölmühle Roßlau e.V.**
- **Diakonisches Werk im Kirchenkreis Dessau e.V.**
- **Stadtsportbund e.V.**
- **ASG e.V.**
- **Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband e.V.**

### Abstimmungsergebnisse:

Anlage A: 40:00:01

Anlage B: lt. Wahlzettel

## **7.2 Stellungnahme der Stadt Dessau-Roßlau zum 2. Gesetz zur Änderung des Landesplanungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt** Vorlage: DR/BV/094/2007/I-12

**Herr Rumpf, CDU-Fraktion**, merkte an, sich schon bei dem ersten Satz in der Vorlage gewundert zu haben: „Die neu zu bildende Planungsregion Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg mit den Mitgliedern Landkreis Anhalt-Bitterfeld, Landkreis Wittenberg und der Stadt Dessau-Roßlau wird eine leistungsfähige ...“. Im Namen komme Dessau gar nicht vor. Noch mehr gewundert habe er sich, als er das Übersichtsbild gesehen habe, denn die Planungsregion Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg fällt in allen Planungsregionen durch den langen Namen auf. Die anderen werden kurz und prägnant genannt, sei es die Altmark oder Planungsregion Harz, oder dort, wo Oberzentren vorhanden sind, Planungsregion Magdeburg, Planungsregion Halle, aber gibt es bei uns kein Oberzentrum in der Planungsregion. Deshalb stellte er die Frage, wenn das Gesetz schon einmal aufgrund der Kreisneustrukturierung geändert wird, sollte man doch die Initiative ergreifen und auch unserer Planungsregion einen kurzen prägnanten Namen geben. Man habe sich in der CDU-Fraktion beraten. Es sollte mitgenommen werden: Planungsregion Dessau.

Von **Herrn Dreibrodt, SPD-Fraktion**, kam der berichtigende Hinweis auf „Dessau-Roßlau“, worauf Herr Rumpf entgegnete, Herr Dreibrodt könne selbst einen Vorschlag bringen. Vielleicht sollte man das auch zum Anlass nehmen, über unseren Stadtnamen einmal nachzudenken. Ihm selber verschließt es sich eigentlich, warum man, wenn man eine Stadt nennt, eine Rechenaufgabe gestellt bekommt, wo keiner weiß, was man mit dem Ergebnis anfangen soll: Dessau minus Roßlau. Er wisse nicht was das soll und so richtig habe ihn noch keiner überzeugt. Was aber eine andere Geschichte sei.

Herr Rumpf stelle daher den **Antrag**, wenn diesem Beschluss zugestimmt werden soll, nur mit der Auflage an den Oberbürgermeister, eine **Änderung des Namens der Planungsregion** herbeizuführen.

**Herr Oberbürgermeister Koschig** erklärte, der Stadtrat könne das natürlich beschließen, wenn er mehrheitlich der Überzeugung ist. Er wolle aber zu bedenken geben, einmal heißt die Planungsregion so und der Name Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg ist seit der

EXPO 2000 ein Begriff, auch wenn er zugegeben etwas sperrig ist, er bildet jedoch die Planungsregion ab, auch wenn man den Kreis Bernburg aus der Planungsregion jetzt verloren habe, so sind doch wichtige Teile des ehemaligen Freistaates dort enthalten. Er erinnere an die Anhalt-Diskussion im ersten Halbjahr, auch im Zusammenhang mit dem sehr deutlichen Wunsch der Zerbster, zum Oberzentrum dazu zu gehören. Das ist vor dem Hintergrund von Anhalt passiert.

Momentan sei Herr OB Koschig unterwegs, und es sei heute an einer Stelle auch schon gewürdigt worden, wofür er sich bedanke, dass das offensichtlich in dieser Region auch registriert wird, diese Region für ihr Oberzentrum zu gewinnen. Jetzt hier mit dem Namen Dessau einen Vorschlag einzubringen, halte er an dieser Stelle für kontraproduktiv. Es ist sehr dankbar angenommen worden im Kreis Anhalt-Bitterfeld, dass er, Herr OB Koschig, nach seiner Wahl zum Vorsitzenden dieser Planungsregion nicht sofort die Geschäftsstelle in die Stadt Dessau-Roßlau verlegt hat, sondern dass er momentan unter diesen Konditionen, die der Landkreis uns dort gewährt, zur Zeit keinen Grund sehe, hier Veränderungen vorzunehmen. Es sei sowohl vom Landrat des neuen Landkreises Anhalt-Bitterfeld, wie auch vom Oberbürgermeister der Stadt Köthen sehr aufmerksam und dankbar registriert worden, dass die Stadt Dessau-Roßlau auf dem Weg in diese Region ist und sie sich in diesem Namen Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg wiederfindet. Dies ist auch der Arbeitstitel für die neue Sparkasse, wenn es denn zu einer Fusion zu einer großen Sparkasse kommt, weil auch hier die beiden Landkreise sagen, da finden wir uns wieder. Insofern spreche Herr Oberbürgermeister Koschig gegen den Antrag von Herrn Rumpf.

Es werde nicht aufgemacht, den Namen zu ändern, sondern dass das Gesetz generell geändert wird, entgegnete **Herr Rumpf, CDU-Fraktion**. Er würde nie den Antrag stellen, den Vorstoß zu machen, nur wegen einer Namensänderung ein Gesetz anzufassen. Da aber das Gesetz sowieso neu gefasst werden muss, bestehe in diesem Zusammenhang die Möglichkeit, das auf die richtige Schiene zu bringen. Er habe auch schon einmal öffentlich geäußert und da stehe er immer noch dazu, Dessau braucht die Region Anhalt, aber die Region Anhalt braucht auch Dessau. Dazu sollte man sich bekennen und in so einer wichtigen Gesellschaft, wie es die Planungsregion ist, sollte sich auch widerspiegeln, oder man soll es erkennen, dass es ein Oberzentrum gibt und das heiße nun einmal in der Region Dessau.

**Frau Lohde, CDU-Fraktion**, legte dar, sie wolle darum bitten und werben, diesen Schritt zu gehen. Herr Oberbürgermeister Koschig hatte so schön gesagt, dass die anderen Mitglieder sich wieder finden: Landkreis Anhalt-Bitterfeld und Landkreis Wittenberg. Aber wir Dessau-Roßlauer finden uns eben nicht wieder. Es ist die Stellungnahme der Stadt Dessau-Roßlau zu diesem Gesetzesentwurf. Insofern könne die Stadt Dessau-Roßlau als drittes Oberzentrum in Anhalt darauf verweisen, dass es in anderen Regionen anders gehandhabt wird und man sehe es auch als Diskussionsprozess. Es gehe nicht darum, das Gesetz zu ändern, aber man könne durchaus mit den anderen Mitgliedern in einen Diskussionsprozess einsteigen. Man sehe es auch so, dass es ein Auftrag ist zu verhandeln, was man mit dem nötigen Geschick machen müsse.

Er könne die Argumente der CDU-Fraktion durchaus verstehen, führte **Herr Dr. Weber, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, aus. Jedoch er wolle dem Oberbürgermeister zur Seite springen, denn dieser Name ist ein Kompromisname, der nicht nur Anhalt-Bitterfeld, sondern in der Vergangenheit auch Anhalt-Zerbst und Köthen eingebunden

hat und damit auch auf unserer Anhaltischen Tradition beruht. Man sehe nicht nur bei der Diskussion um die Sparkasse, sondern auch beim Tarifverbund, den man habe, der vielleicht einmal zum Verkehrsverbund werden wird, Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg ist vielleicht nicht marketingmäßig weltweit zu verkaufen, aber man könne damit die Partner um uns herum, auf die wir genauso angewiesen sind, wie diese auf uns, an uns binden. Er habe das Gefühl, dass man mit einem Beschluss, Dessau-Roßlau als alleinigen Namen für die Planungsregion festzusetzen, mehr zerstöre, als wenn man im ruhigeren Fahrwasser vielleicht die Diskussion anschiebe. Deshalb plädiere er dafür, an diesem Namen festzuhalten. Die Leute sagen sowieso schon kurz ABW-Tarif, wie z. B. beim Verkehrsverbund. Es schade nicht, wenn man nicht darauf besteht, dass Dessau-Roßlau auch noch damit hinein kommt.

**Herr Hoffmann, stellv. Stadtratsvorsitzender,** gab Herrn Weber dem Grunde nach Recht, gab aber zu bedenken, dass Traditionen nicht satt machen. Wenn schon das Thema Marketing angesprochen wird, sei es sicherlich auch ein Gedanke, warum an manchen Stellen unsere Partner im Umfeld so gut, locker und leicht damit umgehen können, wenn ihre Städtenamen dann auch in diesen Verbundkonstruktionen genannt werden. Herr Oberbürgermeister Koschig habe schon das Signal gegeben, dass die Diskussion, was die Sparkasse betrifft, in eine bestimmte Richtung gehen soll. Genau die gleiche emotionale Diskussion habe er auch angestoßen, ansonsten hätte er das gar nicht zur Sprache gebracht. Er halte die Diskussion im Moment noch nicht für so weit, um das öffentlich zu transportieren. Es sei aber auch die Frage, überall steht dann dran Anhalt, es sei aber eben nicht nur Dessau, sondern mehr, aber es steht konkret dran Bitterfeld-Wittenberg.

Dass der Sitz in Dessau sein könnte, vielleicht sogar auch ist, spiele, was Marketing betrifft, dann die entscheidende Rolle, als Botschaft an den einzelnen Standorten vielleicht nicht. Wenn wir 3. Oberzentrum sein wollen, müssen man an manchen Stellen vielleicht auch ein bisschen härter diskutieren. Er wisse nicht, ob er damit richtig liege, aber manche Dinge gehen scheinbar zu leicht in eine ganz bestimmte Richtung.

Er wisse nicht, was evtl. möglich gewesen wäre, weshalb er zu bedenken gebe, bis auf wenige Ausnahmen, das ist Herr Kolze, gucke man sich die landespolitische Präsenz über alle Parteien hinweg an, warum ist es so, dass gerade diese Region nicht die Präsenz im Land habe. Herr Hoffmann betonte, es sei dringend erforderlich, dass man einen Namen findet, der die Region auch identifiziert, auch die gesamte Region in der Identität greift. Er habe ein Problem damit, wenn er höre, wenn Leute versucht haben, sich hier zu etablieren als Unternehmen und zum Wirtschaftsministerium nach Magdeburg gekommen sind, wo dann gesagt wurde, was wollen Sie denn in Dessau, gehen Sie doch nach Wittenberg. Wo kommen denn solche politischen Trends her? Oder einer sagte ihm unumwunden, Herr Hoffmann, machen wir uns doch nichts vor, die Politik im Land werde im Moment doch eigentlich in Wittenberg gemacht.

Was steckt aber hinter solchen Sätzen, wenn das durchaus etablierte Personen dieses Landes so von sich geben. Er wolle einfach verhindert, dass wir leichtfertig damit umgehen und unseren Namen so scheinbar kampfflos preisgeben. Wir wollen doch als drittes Oberzentrum das Gewicht irgendwo zum Ausdruck bringen. Dann aber wirklich gleichberechtigt, indem man eine völlig andere namentliche Begrifflichkeit findet, die wirklich eine übergreifende Identität bringt. Bitterfeld und Wittenberg stehen im Namen drin - Dessau nicht. Und Anhalt wie gesagt, ist ein Problem, das andere ist Kursachsen.

Wenn wir anfangen in Traditionen zu suchen, kommen wir in Themenbereiche, die uns nicht weiterbringen. Wir brauchen wirklich eine regionentypische Identität. Da ist es die Frage, ob es wirklich was bringt, wenn die anderen namentlich genannt werden und wir fallen hinten herunter. Der Sitz allein ist es nämlich nicht.

**Herr Oberbürgermeister Koschig** führte aus, Herr Hoffmann spreche zu Recht an, dass Dessau-Roßlau offensichtlich eine sehr schwache politische Lobby in Magdeburg habe. Er frage aber, ob man mit dem Durchsetzen des Planungsregionennamens Dessau mehr Freunde in Wittenberg und in Bitterfeld gewinne als jetzt. Zunächst müsse man sich einen klangvollen Namen in Bitterfeld und Wittenberg erarbeiten. Dies können wir nicht, indem wir uns überbetonen und sagen, „wir sind das dritte Oberzentrum und ihr müsst alle nach unserer Pfeife tanzen“. Wir müssen die Wittenberger und Bitterfelder und ihre Landtagsabgeordneten für uns gewinnen, sie müssen für ihr drittes Oberzentrum anfangen zu brennen. Es muss ihr eigenes Anliegen werden. Das könne nicht erreicht werden, indem wir mit dem Kampf um den Namen als erste und oberste Bedingung ins Rennen gehen. Deshalb bitte er, dass von diesem Stadtrat andere Signale in die Region ausgehen.

In seiner Erwiderung an Herrn OB Koschig gewandt, verwies **Herr Hoffmann**, stellv. Stadtratsvorsitzender, darauf, dass er an keiner Stelle gesagt habe, man solle den Namen Dessau irgendwo verwenden, sondern als solches nicht hinten herunterfallen und er möchte, dass wir vielleicht eine Identität schaffende Begrifflichkeit finden. Er kenne die Wettbewerbssituation zwischen den Städten auch, es kommt immer auf den Punkt an, wo und mit welcher Person man gerade die Thematik diskutiert, aber eine gewisse Arroganz könne er anderen agierenden Personen an der Stelle einfach nicht absprechen. Deshalb sage er, wenn jemand mit unserem Besteck spielen will, muss er auch mit unserer Identität klar kommen und akzeptieren, dass wir eine Interessenlage haben, die irgendwo in dem Namen eine Rolle spielen könnte. Anhalt passe nicht, da auch Kur-Sachsen dabei ist, aber sozusagen Dessau ganz außen vor zu lassen, halte er auch für gefährlich. Die landespolitische Intention, eine bipolare Identität zu schaffen mit Halle und Magdeburg kenne man und Dessau wäre ja schon einmal beinahe hinten heruntergerutscht. Jetzt sei man in einer anderen Situation, das eröffne Handlungsräume. Aber Herrn Hoffmann gehe es darum, nicht zu sehr Fakten in einer Richtung schaffen, die dann vielleicht nicht mehr zu korrigieren sind. Ihm gehe es darum, wenn wir hier um unseren eigenen Besteckkasten kämpfen, der ja auch für die Region zur Verfügung steht, muss man auch Ansprüche stellen können, die ein bisschen weiter gehen.

Auf seinen Einwurf beim Wortbeitrag von Herrn Rumpf zurückkommend, erklärte **Herr Dreibrodt, SPD-Fraktion**, er wollte damit nicht in die Hoheit von CDU-Anträgen eindringen. Was Herr Koschig gesagt habe, sei richtig, aber der Antrag der CDU-Fraktion habe trotzdem seinen Reiz, er betone aber, der Name der Stadt sei Dessau-Roßlau. Herr Rumpf sollte sich daher überlegen, ob er so kurz nach der Fusion schon mit solchen Vorstößen kommen sollte. Herr Dreibrodt wisse, der Vorschlag werde kommen, er erinnere daran, dass im Vorfeld der Name Bauhaus-Stadt Dessau versucht wurde zu installieren. Die Diskussion werde also sicher kommen, wenn hier aber ein Antrag komme, bitte er, bei dem momentanen Zustand zu bleiben: Dessau-Roßlau.

Der Redebeitrag von Herrn Dreibrodt mache das eigentliche Dilemma deutlich, führte **Herr Bürgermeister Gröger** aus. Wenn für uns beansprucht werde, dass der Name Dessau-Roßlau aufgenommen wird, könne man nicht verhindern, dass Köthen und

Zerbst das gleiche wollen. Eine solche Planungsregion mit einem so umfangreichen Titel der Aufzeichnung der Städtenamen sei wenig hilfreich. Herr Gröger denke, dass man sich bei der Bezeichnung der Planungsregion einmal darauf besinnen sollte, welche Bedeutung diese Planungsregion tatsächlich in der Außenwirkung hat. Man sage immer, wir sind das Zentrum von Anhalt, wollen die Region Anhalt stärken und als Oberzentrum für die Region ausstrahlen. Dabei meine Herr BM Gröger, dass mit dem Ausstrahlen und der Aufwertung der Region Anhalt eigentlich die Stadt Dessau-Roßlau eher wettbewerbsfähig ist, wenn die Region Anhalt diese Aufgaben erfüllt, die sich übrigens auch die Bürgerinitiative zum Ziel gestellt hat, nämlich für die Region tätig zu sein, werde jeder fragen, was ist Anhalt und als erster Name wird fallen, das ist Dessau.

**Herr Stadtratsvorsitzender Dr. Exner** fasste zusammen, welche Anträge im Präsidium vorliegen bzw. nicht vorliegen. Es wurde festgestellt, dass hierin Unklarheiten bestehen und er unterbreitete den Vorschlag, diesen Tagesordnungspunkt jetzt auszusetzen. In der anstehenden Pause haben die Fraktionen die Gelegenheit, sich noch einmal abzustimmen. Jetzt sollte der TOP 7.3 vorgezogen werden, nach der Pause ist zunächst mit 7.1 fortzufahren. Dann könne noch einmal der TOP 7.2 aufgerufen werden.

Zu dem Procedere bestand Einverständnis.

Nach der Pause und der Fortsetzung des TOP 7.1 wurde durch den Stadtratsvorsitzenden, Herrn Dr. Exner, festgestellt, dass kein weiterer Diskussionsbedarf besteht. Er verlas den vorliegenden Änderungs-/Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion. Dieser lautete:

**„Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Namen des Oberzentrums Dessau-Roßlau in die Bezeichnung aufzunehmen bzw. über den Namen der Planungsregion neu befinden zu lassen.“**

Herr Dr. Exner erklärte, dieser Antrag bestehe aus zwei Komponenten, einem Handlungsauftrag und einer ergebnisbezogenen Komponente und ist der weitergehende, der zunächst abzustimmen ist.

Der **Änderungs-/Ergänzungsantrag** wurde in der vorliegenden Form mit 23:09:04 Stimmen **angenommen**.

Von **Herrn Eichelberg, SPD-Fraktion**, kam der Geschäftsordnungsantrag, dass die Mitglieder der Zählkommission bei der Wahl für den Jugendhilfeausschuss nicht an der Abstimmung teilgenommen hätten, ihnen aber die Möglichkeit eingeräumt werden sollte, teilzunehmen. Das Präsidium stellte fest, dass deren Teilnahme an der Abstimmung das Ergebnis nicht wesentlich beeinflussen würde und eine Wiederholung der Abstimmung nicht erfolgen soll.

Die Vorlage wurde einschließlich der bestätigten Änderung/Ergänzung beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** 31:03:07

### 7.3 **Bestätigung der Wahlen der Ortsbürgermeister und deren Stellvertreter sowie Ernennung der Ortsbürgermeister zu "Ehrenbeamten auf Zeit"** Vorlage: DR/BV/145/2007/I-12

Herr Stadtratsvorsitzender Dr. Exner erteilte zunächst **Herrn Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, das Wort. Dieser merkte an, dass nach seiner Kenntnis in Kleinkühnau ein Ortsbürgermeister mit dem Namen **Ralf** Schönemann gewählt wurde. In seinen Beschlussunterlagen werde **Frank** Schönemann genannt.

Der Hinweis wurde als richtig erkannt, es müsse "**Ralf** Schönemann" heißen, erklärte Herr Dr. Exner. Des Weiteren wies er darauf hin, dass sich in den Reihen der Stadträte weitere Personen befinden, welche als befangen gelten und an der Abstimmung nicht teilnehmen können, so Herr Rumpf, Herr Ehm, Herr Dreibrod und Herr Göricke.

**Herr Rumpf** äußerte Unverständnis darüber, da es s. E. nur um die Bestätigung der abgelaufenen Wahl geht.

Auf Rückfrage an **Herrn Westhagemann, Leiter des Rechtsamtes**, erklärte dieser, dass es hier um die Korrektheit der Wahl gehe. Davon hänge ab, ob die gewählten Ortsbürgermeister bspw. auch als Ehrenbeamte ernannt werden können. Es gehe also nicht darum, dass die Wahl nicht korrekt ablief, sondern um die Besorgnis der Befangenheit.

**Herr Stadtratsvorsitzender Dr. Exner** rief zur Abstimmung über die Vorlage auf.

Nach der Beschlussfassung bat **Herr Dr. Exner** die Ortsbürgermeister und deren Stellvertreter nach vorn, damit Herr Oberbürgermeister Koschig ihnen den Amtseid abnehmen kann.

Herr Oberbürgermeister Koschig wies darauf hin, dass der Eid mit „so wahr mir Gott helfe“ endet. Das Mitsprechen dieser Formel sei jedem frei gestellt.

Die anwesenden Ortsbürgermeister und deren Stellvertreter sprachen den durch Herrn Oberbürgermeister Koschig vorgeschprochenen Eid mit folgendem Wortlaut nach:

„Ich schwöre, meine Kraft dem Volk und dem Land Sachsen-Anhalt zu widmen, das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland zu wahren und zu verteidigen, Gerechtigkeit gegenüber jedermann zu üben und meine Amtspflichten gewissenhaft zu erfüllen, so wahr mir Gott helfe.“

Herr Oberbürgermeister Koschig sprach den Gewählten seine Glückwünsche aus und überreichte ihnen Blumen.

Die Vorlage zur Bestätigung der Wahlen und Ernennung der Ortsbürgermeister zu „Ehrenbeamten auf Zeit“ wurde einstimmig beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** 38:00:00

**7.4      Stellungnahme zur Abforderung des Landesverwaltungsamtes vom 08.08.2007 zum Prüfbericht des Landesrechnungshofes vom 13.06.2006 "Zweckentsprechende Verwendung der Haushaltsmittel für die Fraktionsarbeit"**  
**Vorlage: DR/BV/133/2007/I-14**

**Frau Lohde, CDU-Fraktion**, erklärte zum Thema Beanstandungen: Die Fraktion habe der Stadt 57 T€ gespart, indem sie Fördermittel für ihre Mitarbeiterin akquiriert hat. Es lese sich nach wie vor, als hätte die Fraktion hier etwas zu verbergen.

Die Vorlage wurde beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** 40:00:01

**7.5      Zweckvereinbarung zur Durchführung der Notfallrettung mittels Notarzteinsatzfahrzeug und Rettungstransportwagen im Landkreis Wittenberg**  
**Vorlage: DR/BV/087/2007/II-37**

Die Vorlage wurde einstimmig beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** 41:00:00

**7.6      Fortführung des Optionsmodells des Landkreises Anhalt-Zerbst nach § 6 a SGB II (Kommunale Beschäftigungsagentur - KommBA) durch den neuen Landkreis Anhalt-Bitterfeld für die SGB -II-Empfänger des Gebietes der ehemaligen Stadt Roßlau**  
**Vorlage: DR/BV/154/2007/V-50**

**Frau Ehlert, Fraktion Die Linke.**, brachte zum Ausdruck, ihr sei sehr wohl bewusst, dass es schwierig ist, die Betroffenen nach Dessau-Roßlau zu übernehmen. Sie gab aber zu bedenken, dass damit eine unterschiedliche Ausgangsposition für diese geschaffen wird. In Dessau und Anhalt-Zerbst gibt es unterschiedliche Regelungen für Kosten der Unterkunft und für Einmalleistungen. Es sei nicht hinzunehmen, dass man den Betroffenen unterschiedliche Werte zugrunde legt.

Weiterhin stellte Frau Ehlert die Anfrage, ob der Verwaltung die Pressemitteilung des Bundes bekannt ist, wonach bereits zum Ende diesen Jahres geplant ist, beide Modelle, ARGE und das Optionsmodell auslaufen zu lassen.

**Frau Förster**, Leiterin des Jugendamtes, beantragte das Rederecht für Frau Tschirnich, Leiterin des Sozialamtes.

**Frau Tschirnich** führte aus, die Presseveröffentlichung sei ihr nicht bekannt. Zur ersten Anfrage teilte sie mit, dass man dabei sei, die Richtlinie von Dessau fortzuschreiben und zu überarbeiten. Die Vorstellung der Fortschreibung erfolgt am 2. Oktober im Sozialausschuss, was am 28.08. auch im Sozialausschuss bekannt gegeben wurde.

In seinem Wortbeitrag sprach **Herr Gebhardt, SPD-Fraktion**, zunächst die anwesenden Stadträtinnen und Stadträte, ausgenommen Herrn Knop, und das Präsidium des

Stadtrates an: „Ich möchte mich bedanken, dass wir das heute so mit meiner persönlichen Verpflichtung kulant geregelt haben, weil ich hatte am 1. Juli echt ein Problem, mich gemeinsam mit einem Neo-Nazi verpflichten zu lassen.“

Im Anschluss daran kam Herr Gebhardt auf die Beschlussvorlage zurück. Er merkte an, eigentlich hätten er und Frau Ehlert gar nicht sprechen dürfen, weil Herr Oberbürgermeister Koschig in seinem Bericht meinte, dass er sich entschieden hätte für die Fortführung des Optionsmodells. Dies sei so, wenn man sich wenig um Amtspflichten kümmert, sondern mehr um andere Dinge, die einen nichts angehen, was den Deutschen Gewerkschaftsbund angehe. Er bitte Herrn Koschig, dies ihnen zu überlassen, da seien sie professioneller, und er solle sich um seine Aufgaben kümmern.

Die Mitglieder des Stadtrates haben seines Wissens in Vorbereitung auf die heutige Beschlussvorlage in den Ausschüssen - Gesundheits- und Sozialausschuss, Hauptausschuss - eine Informationsvorlage zur Kenntnis genommen mit einem Anhang. Diese Vorlage beinhaltete die Art und Weise des Umgangs mit der Fortführung des Optionsmodells und in dem Anhang war ein Entwurf einer Verabredung einer Vereinbarung mit dem Landkreis Anhalt-Bitterfeld formuliert. Dieser Anhang befindet sich in dieser neuen Beschlussvorlage nicht.

Des Weiteren verschweige Herr Oberbürgermeister Koschig, dass er einen Brief bekommen habe vom Beirat der Arbeitsgemeinschaft des Jobcenters SGB II Dessau. In diesem Beirat befinden sich relevante Gruppen des Arbeitsmarktes unserer Region, Mitglieder aus den Bereichen der Freien Wohlfahrtspflege, des Handwerks, der Industrie- und Handelskammer, des Arbeitgeberverbandes der Deutschen Gewerkschaften, der Evangelischen Landeskirche und des Stadtrates Dessau. Dieser Beirat empfiehlt Herrn Oberbürgermeister Koschig, zur Lösung der Probleme und Vermeidung von zusätzlichen Widersprüchen bzw. Klagen, weil ja ab 01.01.2008 mit einer Klageflut vor allem Roßlauer Mitgliedern von Bedarfsgemeinschaften zu rechnen ist, folgende Schritte.

**Erster Schritt:** Kurzfristige Anpassung der Kosten der Unterkunft an die gestiegenen Preise. Hier sei man auf einem guten Weg. Der amt. Sozialdezernent, Herr Wolfram, hatte den Gesundheits- und Sozialausschuss in seiner letzten Sitzung informiert, dass die KdU-Richtlinie novelliert werden soll und schlug dem Ausschuss vor, das zum 01.04.2008 zu machen, aber man könne den Termin vorziehen auf den 1. Januar 2008. dies sei eine Empfehlung von Seiten der SPD-Fraktion.

**Zweiter Schritt:** Der Beirat schlägt vor, einen kurzfristigen Abbau der Ungleichbehandlung bei der Gewährung besonderer Leistungen in den Gebieten des Jobcenters SGB II und der Kommunalen Beschäftigungsagentur Zerbst durch entsprechende vertragliche Gestaltung.

Frau Ehlert hatte auch schon darauf hingewiesen, das betreffe u. a. Fragen der Erstausstattung bei Einschulung, die die Roßlauer Kinder empfangen können, die Dessauer Kinder nicht. Darüber sei in dem entsprechenden Fachausschuss gesprochen worden und Herr Gebhardt gehe davon aus, dass das auch berücksichtigt wird.

**Dritter Lösungsschritt** ist eine mittelfristige Strukturveränderung der Träger der Grundsicherung dahingehend, dass den Dessau-Roßlauer BürgerInnen die Leistungen gem. SGB II aus einer Hand angeboten werden. Dem werde seinerseits und seitens der SPD voll zugestimmt.

Dies sei eine anspruchsvolle Aufgabe, Herr OB Koschig lasse aber über das Sozialamt hier und heute eine Beschlussvorlage einreichen, die sich auf folgende Notwendigkeiten der Begründung der Fortsetzung des Optionsmodells für die Roßlauer bezieht. Da werde festgestellt

1. Sicherstellung der Planungssicherheit für die kommunale Beschäftigungsagentur. Dabei werde die KomBA in Zerbst gemeint, hier interessieren aber lediglich die Mitarbeiter. Da gebe es Verabredungen mit der Landesregierung, dass dahin, wohin die Arbeit geht, auch die Mitarbeiter gehen. Das haben die Landkreise Jerichow, Wittenberg und andere verstanden.  
Um die Attraktivität unserer eigenen Arbeitsgemeinschaft des Jobcenters SGB II in Dessau vielleicht zu erhöhen und den kommunalen Anteil, die kommunale Verantwortung zu verbessern, die uns der Gesetzgeber mit auf den Weg gegeben hat, sollten wir uns eher interessieren für die AG in Dessau.
2. Rechtssicherheit für das Land Sachsen-Anhalt. Hier äußerte Herr Gebhardt, dass ihn dies nicht interessiere, denn gerade dieses Land Sachsen-Anhalt habe diese Rechtsunsicherheit im SGB II-Bereich geschaffen und zwingt uns, nun Regelungen zu finden.
3. Abschluss des bis Ende 2008 laufenden Evaluierungsverfahrens zum SGB II durch den Bund.

Herr Gebhardt habe bereits im April versucht, dies den Mitgliedern des Sozialausschusses zu erklären. Was passiere hier wirklich, wenn er nun höre, was in den Medien berichtet wird, man warte auf ein Bundesverfassungsurteil? Evaluiert werden soll bis zum Jahr 2008, aber bis zum 31.12. stehe das Evaluierungsergebnis fest. Es wurden Institute, Unternehmensberatungsfirmen beauftragt worden - er sage dazu nur, wessen Brot ich esse, dessen Lied ich sing! So wisse man bei einer großen Koalition, wie am Ende eine Evaluierung ausgeht. Gehe sie aber anders aus, wird in 2009 der Gesetzgeber beauftragt, ein neues Gesetz zu schaffen. Herr Gebhardt erinnerte daran, dass 2009 Bundestagswahlen sind und wir Ende 2009 eine andere Bundesregierung haben. Nun könne sich jeder zusammenreimen, was am 01.01.2010 eigentlich passiert. Aber wolle man bis dahin warten und wie es in der Vorlage weiter heißt, das Optionsmodell sollte mindestens bis zum 31. Dezember 2008 gelten. Dann bitte er zu ändern, dann müsse es „maximal“ heißen. Weiterhin sollte diese Zeit genutzt werden - hier werde von 200 000 € gesprochen, was es kostet, wenn man die Fallübertragung in dem kommenden Jahr vornehmen, in ein einheitliches System zu übernehmen. Diese Ungleichheit sollte abgeschafft werden.

Da es schwer ist, jetzt einen Änderungsantrag oder eine Verweisung in den Ausschuss - wovon er dringlich warne - einzubringen, unterbreitete Herr Gebhardt als Lösungsvorschlag, wie auch schon im Sozialausschuss beantragt, damit so umzugehen und evtl. die zur Verfügung stehenden Mittel für die Vorbereitung der Leute in das einheitliche System oder für einen gewissen Anteil an der aktiven Beschäftigungspolitik dieser Stadt zu nutzen, vielleicht in Vorbereitung auf den am 01.01. vielleicht zur Verfügung stehenden Kombi-Lohn, um da den Eigenanteil der Stadt sicherzustellen oder aber diese oder Teile dieser Mittel zur Einrichtung eines Schulmittelfonds der Stadt Dessau-Roßlau zu verwenden.

Abschließend bedankte sich Herr Gebhardt „außer bei Herrn Knop“ für die Aufmerksamkeit.

**Herr Oberbürgermeister Koschig** brachte zum Ausdruck, dass er die ganze Aufregung des Stadtrates nicht verstehe, denn hier gehe es lediglich um einen Wunsch des Wirtschaftsministeriums in Magdeburg, per förmlichen Beschluss etwas noch einmal zu beschließen, was geltende Beschlusslage für die Stadt Dessau-Roßlau ist. Im Rahmen der Vermögensauseinandersetzung war vereinbart worden, dass sowohl die ARGE als auch die KomBA fortgeführt werden, zunächst bis 31.12.2007 - über weitere Schritte ist noch zu befinden. Der förmliche Beschluss soll dies nochmals bestätigen, weil die Aussagen aus den untergegangenen Kreistagen und Stadträten dem Ministerium nicht hinreichend waren. Alles andere, was von Herrn Gebhardt vorgetragen wurde, sei in Arbeit, wurde auch schon in einem Ausschuss vorgestellt und wird hoffentlich zügig bis in den Stadtrat zur Beschlussfassung kommen. Auch die Gleichstellung unserer Bürgerinnen und Bürger an beiden Seiten der Elbe sei Kernstück.

Was die Evaluierung betreffe, merkte Herr Oberbürgermeister Koschig an, wir wissen nicht, wie es ausgeht und kennen auch nicht die zukünftigen politischen Mehrheiten, insofern sei die Entscheidung für oder gegen eine der beiden Möglichkeiten evtl. gerade die falsche Entscheidung. Deshalb war die Entscheidung zunächst richtig, das Modell erst einmal fortzuführen. Herr Koschig wisse nicht, ob die Wittenberger, die sich jetzt nicht mehr schlüssig verhalten zu der Vermögensauseinandersetzung in Vorbereitung der Kreisgebietsreform, den richtigen Schritt tun, indem sie jetzt die Bedarfsgemeinschaften aus der KomBA abziehen - mit sehr viel Aufwand - und dann ihr Jobcenter mit dem Coswiger Winkel auffüllen. Was ist, wenn sich der Bundestag letztendlich für das kommunale Modell entscheidet? Hierfür gebe es auch einige Signale.

**Herr Knop, Mitglied der DVU**, meldete sich zu Wort und betonte, er empfinde es als primitiv und für unseren Stadtrat höchst unwürdig, wie sich der Stadtrat Gebhardt hier verhalten habe. Er verwundere sich auch darüber, dass er hier keinen Ordnungsruf auf seine Beleidigung erhalten hat. Herr Knop kündigte an, er werde Strafanzeige gegen Herrn Gebhardt erstatten.

Sich auf die Beschlussvorlage beziehend, führte **Herr Eichelberg, SPD-Fraktion**, aus, man hätte sich viel Aufregung ersparen können. Herr Gebhardt habe es gesagt, wenn hier und heute mit der Beschlussvorlage der Vertrag ausgereicht worden wäre, hätte nachgelesen werden können, dass wir durchaus in der Lage sind, ziemlich schnell auch aus dem Vertrag herauszukommen und eine einheitliche Lösung zu finden. Entsprechend dem Vertrag könne man mit einer 3-Monats-Frist kündigen und sind in der Lage, dies im nächsten Jahr durchzuführen. Wir wären auch gut beraten, Anfang nächsten Jahres darüber nachzudenken.

**Herr Hoffmann, 1. Stellv. des Stadtratsvorsitzenden**, erklärte, wenn es um die praktische Umsetzung gehe, gehöre er zu denjenigen, die genau den Einblick haben. Er habe z. Z. ein Projekt, in dem sowohl Menschen als Bedarfsgemeinschaft Dessau als auch Bedarfsgemeinschaft Roßlau betreut werden. Hier habe er die Auswirkungen feststellen können, wo sich der Betrag um durchaus 100 EUR unterscheide. Dies wäre nur ein Teil und gehe bei Kosten der Unterkunft und anderen Dingen weiter. Dies müsse man regeln. Der Gleichbehandlungsgrundsatz gebiete, hier Klärung herbeizuführen. Andererseits müsse man aber auch anmerken, dass die Ursachen dafür tatsächlich wo anders liegen, man versuche hier, das Beste daraus zu machen. Es nütze aber wenig.

Da wir ja auf die Anfrage, ob das Land uns bei den finanziellen Aufwendungen unterstützen würde, wenn wir den Personalaufwand betreiben, um die Struktur auch bereit zu stellen als ARGE, um die Übernahme dieser Unterlagen zu tätigen für die Bedarfsgemeinschaften, dass man vom Land das Geld nicht erwarten kann, nach dem Motto, dieses Problem bleibt dann bei uns. Wer aber etwas anderes erwartet, dass man das sozusagen aus sich heraus regelt, der muss dann auch sagen, wo kommt das Geld her. Und Herr Hoffmann müsse ehrlich sagen, er wisse nicht wie die anderen es machen, er habe dann aber auch kein Interesse, aus den Haushaltsmitteln, sprich aus den Eingliederungstiteln, die für Leistungen, die die Bedarfsgemeinschaften bekommen sollen, dann das Geld herauszunehmen, um Verwaltungsleistungen zu finanzieren. Dann sei das nur eine neue Ungerechtigkeit und man schaffe damit keine Lösung. Herr Hoffmann sei dafür, die Dinge zu befristen oder mit anständigen vertraglichen Regelungen zu unterlegen, damit es keine Ungleichbehandlung gibt.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor und Herr Stadtratsvorsitzender Dr. Exner brachte die Vorlage zur Abstimmung.

Bevor Herr Dr. Exner den nächsten Tagesordnungspunkt aufrief, mahnte er deutlich an, dass man in diesem Hause wechselseitig korrekt miteinander umgehen und Emotionen aus der Diskussion herauslassen sollte.

Der Beschlussvorschlag wurde mehrheitlich angenommen.

**Abstimmungsergebnis:** 39:00:02

**7.7 Eröffnung Aufhebungsverfahren für den Bebauungsplan Nr. 1 der ehem. Gemeinde Kleutsch "Schäferbreite" (heute : B 138 "A.d. Teiche")  
Vorlage: DR/BV/076/2007/VI-61**

Auf Nachfrage von Herrn Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau/NEUES FORUM, gab Herr Stadtratsvorsitzender Dr. Exner bekannt, dass der Ortschaftsrat Kleutsch in seiner Sitzung am 20.08.2007 der Vorlage zugestimmt hat (4:0:0).

Der Beschluss zur Eröffnung des Aufhebungsverfahrens wurde einstimmig gefasst.

**Abstimmungsergebnis:** 41:00:00

**7.8 Abwägung der im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung vorgebrachten Stellungnahmen zum Entwurf des B-Planes Nr. 101D/D1  
"Gewerbegebiet Dessau-Mitte - Teilgebiet D/D1"  
Vorlage: DR/BV/096/2007/VI-61**

Dem Beschlussvorschlag wurde einstimmig zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:** 41:00:00

## 7.9 Umbenennung "Streetzer Weg" in Dessau-Roßlau, OT Tornau Vorlage: DR/BV/150/2007/VI-62

Als kurze Einführung wies **Herr Bürgermeister Gröger** darauf hin, dass die Namensänderung auf Wunsch des dort ansässigen Impfstoffwerkes erfolgen soll. Abstimmungen erfolgten in den Ortschaftsräten von Rodleben und Streetz.

Der Stadtrat fasste den Beschluss zur Vorlage mehrheitlich.

**Abstimmungsergebnis:** 40:00:01

## 7.10 Maßnahmebeschluss Abwassererschließung sogenannte Vogelsiedlung Dessau-Törten Regenwasseranteil am Mischwasserkanal Meisenweg Vorlage: DR/BV/028/2007/VI-66

**Herr Bürgermeister Gröger** verwies auf die zustimmende Behandlung dieser Vorlage im Ausschuss. Des Weiteren führte er aus, dass der Amselweg mit diesem Maßnahmebeschluss nur insofern zu tun habe, dass er auch zur Vogelsiedlung gehört. Beim Amselweg sei man nun dabei, mit den Bürgern eine einvernehmliche Lösung zu finden.

Trotz der mehrheitlichen Aussage im Ausschuss, die Vorlage mit zu tragen, habe man sich in der **CDU-Fraktion** beraten und sei zu der Erkenntnis gekommen, dass die Straßenausbaubeitragssatzung hier deutlich unterwandert wurde, erklärte **Frau Lohde**. Die Straßenausbaubeitragssatzung ist dafür da, dass der Bürger umfassend einbezogen wird, was auch heißt termingerecht oder frühzeitig, was nicht passiert sei. Seit 2005 laufen schon Entwurfs- und Ausführungsplanungen und am 19.06.2007 wird der betroffene Bürger darüber informiert, von Ende Juli bis November 2007 wird gebaut. Die CDU-Fraktion ist zu der Überzeugung gekommen, dass die Kritik der Bürger berechtigt ist. Der Stadtrat sei auch nicht dazu da, Fehler abzusegnen. Im Moment positioniere sich die CDU-Fraktion eindeutig gegen diese Verfahrensweise und würde im Augenblick mit Nein stimmen. Die Bitte werde aber an Herrn Gröger gerichtet, über das Ergebnis der ihres Wissens stattgefundenen Aussprache mit den Bürgern zu informieren.

Man müsse hier eine Trennung vornehmen, merkte **Herr Bürgermeister Gröger** an. Er habe bewusst zu Anfang gesagt, dass heute der Meisenweg zur Abstimmung steht. Das Gespräch im Ausschuss betraf den Amselweg. Beim Meisenweg habe Frau Lohde nicht Recht, dass die Bürger nicht rechtzeitig informiert wurden. Es habe eine Offenlage und auch Bürgergespräche gegeben. Was nicht vor der Fällung des Maßnahmebeschlusses durchgeführt wurde, war die Abstimmung über die Mitfinanzierung. Dies habe Herr Gröger auch in der Verwaltung ausgewertet. Man müsse aber nicht der Verwaltung unterstellen, dass etwas durch gewunken werden soll, sondern in diesem Falle dem Tiefbauamt zugute halten, dass es bei einer Leistung, die es nicht selbst federführend, sondern eine Gesellschaft der Stadt durchführt, zu einer Bürgerversammlung und Abstimmung eingeladen hat, ohne dass es selbst den Prozess führt. Insofern bestehe natürlich immer die Gefahr bei der Abstimmung hinsichtlich der Nennung der Beiträge nach Straßenausbaubeitragssatzung, dass der Fall eintritt, dass die genannten Summen nicht zutreffen.

In diesem Fall wurden aber die Beteiligungen mit den Bürgern durchgeführt, nachdem die Ausschreibung erfolgt war. Die in der Vorlage stehenden Werte sind die realen, die den Bürger belasten. Sie unterscheiden sich weit von dem Straßenausbaubeitrag bei einem kompletten Straßenausbau, da es in diesem Fall nur um den Mischwasserkanal geht. Um Schaden von der Stadt zu lenken, werde also hier der Stadtrat um Zustimmung gebeten.

Zum Amselweg habe am Tag nach der Ausschusssitzung mit den Beteiligten sofort ein Gespräch stattgefunden, auch mit den Bürgern, die an der Ausschusssitzung teilgenommen hatten. Es wurden verschiedene Szenarien zur Lösung der Problematik, Ersatz der zerstörten und überfälligen Borde, die eigentlich mit dem Ausbau des Mischwasserkanals nichts zu tun haben. Der Ausführungsbetrieb hat eine nahezu überzogene Teerstraße gebaut, allerdings nicht die Borde erneuert. Letzteres war die Forderung der Bürger. Es wurden entsprechende Vorschläge unterbreitet, natürlich unter dem Aspekt, dass dann bei einer kompletten Erneuerung der Borde die Bürger ebenfalls für den Betrag nach Straßenausbaubeitragssatzung mit herangezogen werden, weil die Borde Bestandteil des Straßenkörpers und damit der Straßenausbaubeitragssatzung sind. Im Moment läuft die Einigung mit den Bürgern dahinaus, dass lediglich die zerstörten Anteile ersetzt werden und für sie das kostenfrei läuft. In der nächsten Woche wird mit den Bürgern die endgültige Entscheidung dazu vorbereitet.

**Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, bezog sich auf den Inhalt der Begründung zur Vorlage, woraus er entnehme, dass es für die DVV jetzt wirtschaftlicher sei, dies jetzt zu machen. Diese Argumentation liege allerdings dem Bürger nicht nahe und er frage, ob dies richtig so sei oder es andere hier nicht genannte Gründe gibt.

In der Beantwortung erklärte **Herr Bürgermeister Gröger**, dass die Mischwasserentsorgung in diesem Fall die effektivste Form ist. Auf den Einwand von **Herrn Giese-Rehm**, dass es ökologisch sinnvoller wäre, Regenwasser versickern zu lassen oder anders zu entsorgen, entgegnete Herr Bürgermeister Gröger, man habe in Dessau das qualifizierte Trennsystem und damit natürlich auch Probleme insbesondere dann, wenn bei einer Versickerung das Grundwasser aufsteigt.

Als zweite Frage bat **Herr Giese-Rehm** um Klarstellung, dass derzeit wohl schon gebaut werde, ohne dass der Beschluss des Stadtrates vorliegt. Dies bestätigte Herr Bürgermeister Gröger und ergänzte, die Bürgerversammlung und Information über diese Maßnahme, dass es sich hier um eine straßenausbaubeitragspflichtige Maßnahme handelt und um welche es sich handelt, sei rechtzeitig bekannt gegeben und die Bürger beteiligt worden. Nicht zeitnah war die Befragung, welche die Satzung aufgibt, vor Maßnahmebeschluss die Zustimmung der Bürger einzuholen.

**Herr Weber, CDU-Fraktion**, brachte zum Ausdruck, ihn irritiere, dass Herr Gröger hier das Lob an das Tiefbauamt ausreicht, es sei bewundernswert, was die Kollegen des Amtes erreicht haben, obwohl die Stadtwerke den Zeitablauf vorgeben. Die Stadtwerke seien auch an alle Satzungen gebunden, die in dieser Stadt gelten und sie sich jederzeit an die Abläufe zu halten haben.

Er habe über keine Feinabläufe gesprochen, sondern nur gesagt, dass es eine Anlage der DVV ist und die DVV im übertragenen Wirkungskreis der Stadt diese Maßnahmen durchführt, entgegnete **Herr Bürgermeister Gröger**. Auch habe er alles andere getan,

als das Tiefbauamt dafür gelobt, sondern es habe eine Auswertung gegeben, weil diese Dinge hätten vorher erledigt werden müssen, auch was die Abfrage angeht. Herr Gröger hatte lediglich mitgeteilt, dass dadurch den Bürgern eine Preisvorstellung nach Ausschreibungsabschluss zur Befragung mitgeteilt werden konnte.

Sie wohne ebenfalls in der Vogelsiedlung, im Dohlenweg, merkte **Frau Müller, SPD-Fraktion**, an. In dieser Straße wurde im letzten Jahr der Abfluss für Schmutzwasser gemacht. Wenn man nunmehr die Borde und Abflüsse in den umliegenden Straßen ansehe, stelle man fest, dass diese eine ganz andere Qualität haben. Sie interessiere sich nun dafür, wenn diese nun überall gleichgesetzt werden sollen, ob im nächsten Jahr dann der Dohlenweg wieder aufgerissen wird. Im letzten Jahr, am 27. August, hatte es stark geregnet und es kam zu einem Wassereinbruch, wo angeblich keiner die Schuld trug. In den Kellern waren lediglich Blindstopfen, da noch nicht der richtige Anschluss vom Haus zur Straße vorhanden war. Alle hatten Wasser im Keller und weder die Stadtwerke, noch die Firma, welche die Arbeiten durchgeführt hatte, noch die Versicherungen fühlten sich zuständig. Wenn nun der Dohlenweg und andere Straßen auch noch gemacht werden, sei es für Frau Müller ein kleiner Schildbürgerstreich, weil es nicht gleich richtig gemacht wurde.

**Herr Bürgermeister Gröger** teilte mit, dass der Dohlenweg abgeschlossen ist und hier keine Änderungen oder ein Aufriss erfolgen werden. Hier gehe es um den Meisenweg, wozu lediglich der Maßnahmebeschluss noch fällig sei. Beim Amselweg gibt es noch die Klärung, in welchem Umfang die Borde repariert oder neu gesetzt werden.

Wenn er sich recht erinnere, war schon zu verschiedenen Straßen in der Vogelsiedlung ein Maßnahmebeschluss gefasst worden und in allen Fällen waren die Straßen schon fertig, wenn der Beschlussantrag vorgelegt wurde, merkte **Herr Glathe, CDU-Fraktion**, an. Genau erinnere er sich dabei an den Lerchenweg. Darum frage er nach, ob der Beschluss nicht eigentlich vor der Maßnahme gefasst werden müsse, und ist es erforderlich, einen Maßnahmebeschluss zu fassen, wenn die Bürger korrekt beteiligt wurden?

Ein Maßnahmebeschluss des Stadtrates ist nicht nötig, wenn die Bürger zu 100 % oder zumindest 51 % der Maßnahme zustimmen und bereit sind, den Straßenausbaubeitrag zu zahlen, antwortete **Herr Bürgermeister Gröger**. Eine Ausnahme bildet, wenn keine 51 % erreicht werden, kann sich der Stadtrat über das Bürgerveto hinweg setzen. Er bitte um Zustimmung zur Beschlussvorlage, da man verpflichtet ist, diese Schmutzwasserentsorgung, hier in Verbindung mit der Niederschlagswasserentsorgung, bis zum Jahr 2008 an ein zentrales System angebunden zu haben.

Der Beschlussvorschlag wurde zur Abstimmung gebracht.

Die Vorlage wurde mehrheitlich beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** 21:16:05

**7.11 Orangeriestraße (B185),  
Ausbau Knoten Am Hanfgarten / Anhalter Straße  
Vorlage: DR/BV/082/2007/VI-66**

**Frau Ehlert, Fraktion Die Linke.**, erneuerte ihre Bitte, dass auch im Ortsteil Kochstedt eine Anhörung der Bürgerinnen und Bürger durchgeführt wird, da sie auch von der Umleitung beim Ausbau der B 185 stark betroffen werden. In der Bürgeranhörung könnten verschiedene Varianten der Umleitung insbesondere des Schwerlasttransportes erörtert werden.

Es soll hier eine Straßenbaumaßnahmen beschlossen werden, die für 8-10 Monate das Schließen einer Bundesstraße erfordert, führte **Herr Böhler, Fraktion Pro Dessau-Roßlau/NEUES FORUM**, aus. Dies werde mit einem großen Bauaufwand zur Schaffung von Umleitungen verbunden sein und man wisse gleichzeitig, dass ein Teilabschnitt der Bundesstraße - Lichtenauer Straße bis Philipp-Müller-Straße - einen höchst desolaten Zustand hat und dieser Bauabschnitt kurz nach der Sanierung des jetzigen Abschnittes erforderlich ist. Seine Fraktion stelle den **Änderungsantrag**, dass dieser Teilabschnitt - Lichtenauer Straße bis Philipp-Müller-Straße - mit in die jetzige Baumaßnahme aufgenommen wird. Damit sollte die zusätzlich zu schaffende Umleitung vermieden und der komplette Abschnitt der B 185, Köthener Chaussee bis Mosigkau, als Komplettmaßnahme abgeschlossen werden.

**Der Änderungsantrag lautet:**

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, den Förderantrag vom 18.04.2007 an das Landesverwaltungsamt um den noch zu stellenden Antrag an das Ministerium des Innern zu ergänzen, um den 2. Bauabschnitt der Bundesstraße 185 zwischen Philipp-Müller-Straße und der Einmündung Lichtenauer Straße zu berücksichtigen.

Außerdem ist das erforderliche Planungs- und Genehmigungsverfahren so weit vorzuziehen, dass die Genehmigung der Förderung eine Realisierung in einem Zeitraum der geplanten Baumaßnahme mit erfolgen kann.

Über den innerörtlichen Umleitungsverkehr habe man bereits in der Ausschusssitzung gesprochen, bemerkte **Herr Göricke, Freie Wähler**. Es wurden die Probleme in der Wiljamsstraße in der Fahrbahnbreite als auch in der Belegung angeführt und es wurde die Zusage gegeben, dies zu prüfen. Eine Prüfung sei in der Vorlage nicht erkennbar.

Zu dem Änderungsantrag der Fraktion Pro Dessau-Roßlau/NEUES FORUM, gab Herr Göricke ergänzend zur Kenntnis, dass der Ortschaftsrat Mosigkau die Baumaßnahme B 185 auch als komplett angesehen habe. Selbst wenn man den äußeren Bereich zwischen Rüsterweg und Lichtenauer Straße noch vollenden würde, habe man immer noch einen Lückenschluss von ca. 300 m in der Ortslage zu erfüllen.

**Herr Bürgermeister Gröger** erklärte, die Verwaltung habe selbstverständlich den Auftrag aus dem Ausschuss in Arbeit genommen. Er selbst habe sich vor Ort über den Zustand der Justus-von-Liebig- und der Wiljamsstraße informiert. Leider sei es so, dass eine gewünschte Aufwertung mit einer Schwarzdecke auf der sandgebundenen Straße in jedem Fall bedeutet, wie auch in Waldersee ebenfalls geklärt werden musste, eh die Straßen nach dem Hochwasser so aufgewertet werden konnten, dass dann die Versickerung der Niederschlagswassermengen auch einer ordentlichen Vorflut zugeführt

werden kann. Die Situation in der Wiljamsstraße sei derart problematisch, dass dort jenseits der Orangeriestraße nur ein kleines Rinnsal über Privatgrundstücke das Wasser abführt, das heute schon kaum in der Lage ist, als Vorflutsystem akzeptiert zu werden.

Insofern würden wir uns fachlich und technisch in eine Sackgasse begeben, dass wir glauben, eine Straße, die sandgebunden ist, aufzuwerten mit einer Schwarzdecke und bei jedem Regen, auch wenn er gar nicht so sintflutartig ist, wie in dem Fall, den Frau Müller schilderte, das Problem organisieren, dass diese Wassermengen über die privaten Grundstücke nicht mehr abgeführt werden können. Somit ist heute eine Aussage zur Befestigung der Wiljamsstraße nicht möglich. Wenn eine solche Möglichkeit in die weitere Prüfung einbezogen wird - das würde im Verlaufe des nächsten Jahres möglich sein, weil wir uns aufgrund der Umkehr des gesamten Entwässerungssystems der Ortslage Mosigkau im Zusammenhang mit der Schaffung der Vorflutsysteme für den Bereich der Orangeriestraße/Hanfgarten eingelassen haben - ein anderes System zu schaffen, können wir natürlich nicht mehr auf das alte Entwässerungssystem zurückgreifen und werden im nächsten Jahr das Entwässerungssystem für Mosigkau einer erneuten Überprüfung unterziehen. Ergeben sich da Möglichkeiten einer sinnvollen Ableitung des Wassers, könnte man immer noch im laufenden Jahr aus den Ausschreibungsergebnissen heraus die Festlegung treffen, mehr zu machen als im Moment für die Wiljams- und Justus-von-Liebig-Straße vorgesehen ist. Das wäre, über die gesamte Bauzeit den Zustand als sandgeschlammte Decke aufrecht zu erhalten, indem ständig ausgebessert wird. Herr Bürgermeister Gröger könne heute zusagen, dass dies eine der ersten Ableitungen aus den Untersuchungen zur Schaffung eines Entwässerungsplanes für die Ortslage Mosigkau ist, dies dann einzubinden. Das kann und soll auch so ins Protokoll aufgenommen werden.

Was die 500 m angehe, seien sie natürlich aus Ausschreibungsergebnissen niemals herauszuholen, fuhr **Herr Bürgermeister Gröger** fort. Hier sei keine Rede von 100 oder 200 T€, sondern bei einer Bundesstraße von anderen Größenordnungen, die schlichtweg im Moment nicht zur Verfügung stehen. Herr Bürgermeister Gröger bestreite überhaupt nicht, dass günstigere Ausschreibungsergebnisse erreicht werden könnten, wenn die Menge etwas größer wird, aber niemals in diesem Umfang, als dass dann für den Betrag jetzt das mit abfallen würde. Hier rede man vielleicht im Prozentbereich von 10/15 %, über mehr nicht. Wenn man das auf sich nehmen wolle, heiße es, dass wir die gesamte Straße, so wie wir sie heute vorgeschlagen und nach jahrelanger Diskussion zur Ausführung vorbereitet haben, mindestens um 1 / 2 Jahre weiter nach hinten schieben, bis der Fördermittelantrag zum Nachschlag für diesen Wert kommt - und wir reden da sicherlich über eine Größenordnung zwischen 800, 900, 1000 oder 1 Mio. Ob diese Werte dann zur Verfügung gestellt werden, würde Herr Bürgermeister Gröger nicht riskieren wollen.

Auf Nachfrage ergänzte Herr Bürgermeister Gröger, die Anhörung in Kochstedt sei Anfang Oktober vorgesehen.

Man rede von einer Investitionssumme von 2,3 Mio. € für den gesamten Ausbau des Knotenpunktes Orangeriestraße, erklärte **Herr Böhler, Fraktion Pro Dessau-Roßlau/NEUES FORUM**. Wir haben die Auswertung des Straßenbaus von der Randstraße bis zur Philipp-Müller-Straße und im Ergebnis bei 550 lfd. Meter mal 7 m Breite 3850 m<sup>2</sup> Straße zu bauen. Da kommen wir auf einen Kostenbeitrag von 300 T€. Diese

kann man bei dieser Baumaßnahme jederzeit mit einarbeiten. Dazu kommen Kosteneinsparungen von gut 15 T€ für Baustelleneinrichtungen usw. Das Genehmigungsverfahren sei innerhalb von 4 Monaten durchzuführen und man hätte auf dieser Bundesstraße endlich mal Ruhe.

**Herr Bürgermeister Gröger** entgegnete, zu einer Straße gehöre mehr als eine Zahl von Quadratmetern. Zum Straßenkörper gehören auch die Nebenfahrbahnen. Er bitte an dieser Stelle Herrn Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamtes, zu den bereits ermittelten Zahlen etwas sagt. Des Weiteren könne Herr Gröger ein Genehmigungsverfahren nicht innerhalb von drei oder vier Monaten durchziehen. Er lasse sich auch nicht noch einmal Preise diktieren, wie für die Anhalt-Arena, für die er anschließend schwer bezahlen muss.

In seinen Ausführungen erklärte **Herr Pfefferkorn**, man habe ca. 500 m Bundesstraße, welche mit einer Kostenschätzung von knapp 1 Mio. € vorgesehen ist. Die Planung wird im nächsten Jahr im Haushalt aufgenommen und es ist 2009 vorgesehen, diese Strecke mit in Angriff zu nehmen. Aber im Zuge mit der Baumaßnahme Hanfgarten sei es nicht denkbar und würde für den Umleitungsverkehr keine Erleichterung bringen.

**Herr Göricke, Freie Wähler**, erinnerte daran, eine zweigeteilte Frage gestellt zu haben. Die technische Lösung und der Belag. Die Erklärungen hinsichtlich des Belages müsse er so akzeptieren, ihm gehe es aber auch um technische Lösungen. Es wurde damals angemahnt, dass die Fahrbahnbreite von Haus bis Graben 4,65 m sind, was heißt, es ist kein Fußweg vorhanden, keine Anfahrtszone für Ein- und Ausfahrten der Bürger. Ein Begegnungsverkehr in dieser Straße ist eigentlich nicht möglich. Dies sollte geprüft werden.

Auch das sei mit abgeprüft worden, erwiderte **Herr Bürgermeister Gröger**. Die Wiljamsstraße ist nur für wenige Wochen (6) eine Umleitungsstrecke.

Er empfinde es dennoch als kurios, dass man für 500 m eine Million der Planung einkalkuliert, wenn die Abrechnung der Straße nur 641 T€ gekostet hat und die Randstraße 1,5 km lang war, brachte **Herr Böhler** nochmals zum Ausdruck.

**Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau/NEUES FORUM**, merkte an, man rede nicht von der Vorbereitungszeit von vier Monaten, der Baubeginn sei erst im Sommer 2008. Seine Fraktion rede nicht davon, dass man das alles einsparen wolle, was es durch die größere Ausschreibungsmasse mehr kosten würde, sondern sage, man wolle den Förderantrag erweitern. Z. B. bei der Stadteinfahrt Ost habe man erlebt, dass am Ende des Jahres noch Gelder da waren. Wenn es also noch Möglichkeiten gibt, sollte gegenüber dem Land begründet und deutlich gemacht werden, dass eine zweite Baustelle danach nochmals eine Baustelleneinrichtung kostet, nochmals eine Umleitungsstrecke eingerichtet werden muss und eine Umweltbelastung bedeutet, weil die Bürger ja wesentlich längere Strecken fahren müssen. Er denke, das sollte versucht werden, ansonsten müsse man sich als Verwaltung die Frage stellen lassen, warum es beim 1. Bauabschnitt nicht von Anfang an in der Planung mit vorbereitet und mit berücksichtigt worden ist. Diese Frage stelle seine Fraktion nicht so, sondern sie wolle versuchen, es zu heilen. Wenn das Land sagt, das Geld ist nicht da, könne es nicht geändert werden.

Es sei durch das Tiefbauamt schon hinreichend abgeklärt worden, führte **Herr Bürgermeister Gröger** aus. Man habe schon im Jahr 2005 versucht nachzuforschen, da war nichts möglich, aber wir fragen noch einmal nach. Wenn es eine Möglichkeit gibt, wird man den Maßnahmebeschluss, wenn er heute so bestätigt wird, hinterher novellieren, was er gern als Prüfauftrag mitnehme. Er wolle aber keine Erwartungshaltung wecken, die bei den angespannten finanziellen Mitteln sehr schwer zu erfüllen ist.

**Herr Dr. Exner, Stadtratsvorsitzender**, brachte den **Änderungsantrag** der Fraktion Pro Dessau-Roßlau/NEUES FORUM zur Abstimmung. Dieser wurde mehrheitlich angenommen (20:19:02).

Der Vorlage wurde einschließlich der beschlossenen Änderung zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:** 33:00:08

**7.12 Beitritt der Stadt Dessau-Roßlau zum Genehmigungsbescheid des Landesverwaltungsamtes vom 12.09.2007, betreffend die Hauptsatzung der Stadt Dessau-Roßlau**  
**Vorlage: DR/BV/170/2007/II-30**

**Frau Nußbeck, Beigeordnete für Haushalt und Finanzen**, warb um die Zustimmung zur Vorlage. Aus der Diskussion zur Hauptsatzung in der konstituierenden Sitzung war ablesbar, dass es einen Überarbeitungsbedarf gibt und man war sich einig, dass dringend eine Hauptsatzung benötigt wird. Die Hauptsatzung sei die einzige Satzung, die uns wirklich das Gesetz vorschreibt. Man könne sie auch nicht befristen, sondern nur durch eine neue oder geänderte Fassung ersetzen. Wenn heute dem Vorschlag zugestimmt wird, hätte man zumindest eine genehmigte Hauptsatzung.

Zur Bedeutung der beiden Beanstandungen legte Frau Nußbeck dar, im ersten Fall werde beanstandet, dass der Ortschaftsrat kein Antragsrecht, sondern nur ein Vorschlagsrecht hat. Wenn die Anträge als Vorschläge definiert werden, könnte man dem inhaltlich immer noch folgen. Das Zweite sei, dass der Gesetzgeber das Zweitbeschlussverlangen nicht vorsieht und das auch nicht zulässig ist. Das heißt, wenn ein Ortschaftsrat eine Angelegenheit, die der Stadtrat schon behandelt hat, in seiner Sitzung beanstandet, kann er nicht verlangen, dass sich der Stadtrat noch einmal mit dieser Angelegenheit zu befassen hat. Insofern würde das weit über den gesetzlichen Rahmen hinausgehen. Diese beiden Beanstandungen sind in der Genehmigung enthalten und der Beschlussvorschlag zielt darauf, dieser Genehmigung mit diesen beiden Dingen beizutreten. Dann hätten wir nach der Veröffentlichung zumindest eine genehmigte geltende Hauptsatzung, können in aller Ruhe mit der Geschäftsordnungskommission an die Überarbeitung gehen und möglichst vorher mit dem Landesverwaltungsamt abstimmen, ob sie so genehmigungsfähig ist. Deshalb bitte sie um Zustimmung zur Vorlage.

Die Begründung, dass das über eine Eilvorlage kommen musste, sei für seine Person nicht überzeugend, erklärte **Herr Hoffmann, 1. stellv. Stadtratsvorsitzender**. Seitens des Präsidiums stelle er fest, dass die Art und Weise, wie es mit der Vorlage gelaufen ist, schon irritierend sei. Es sei sicherlich möglich, dass man Fraktionen anschreibt und informiert, aber es handele sich um einen Sachverhalt, der die Tagesordnung betrifft

und insofern müsse man sich mit dem Präsidium abstimmen, wie man das integriert und auf welcher Grundlage das passiert.

Das Präsidium habe sich auch über die Intentionen unterhalten, über demokratische Ansätze, die man in der Hauptsatzung in der Stadt Dessau bereits hatte, was die Einbeziehung der Ortschaftsräte und anderes betrifft, wo es natürlich Interessenslagen gibt. Das heißt, was Herr Göricke z. B. zu Recht eingefordert hat, dass bestimmte Einbeziehungsszenarien wieder in die Satzung aufgenommen werden. Das sei offensichtlich aus der Diskussion, die im Umfeld auch des politischen Raumes stattfindet, ersichtlich und zumindest Trend und Konsens. Das Präsidium möchte diesen Prozess führen. Man greife auch die Ansage auf, die zur konstituierenden Sitzung gemacht worden ist, dass wir Diskussions- und Gestaltungsbedarf haben. Wir möchten auch, was die Intention des heute schon einmal avisierten Antrages betrifft, genau dieses Gremium einberufen, was wir als Geschäftsordnungsausschuss bezeichnen, wo alle Fraktionen beteiligt sind und wo man in gemeinschaftlicher Art abgleicht, in welche Richtung die Hauptsatzung weiterentwickelt werden soll. Diesen Prozess werde sich das Präsidium nicht aus der Hand nehmen lassen. Er bat darum, dass die Fraktionen sich richtig an dieser Diskussion beteiligen. Es sei ratsam, den Ortschaftsräten bestimmte Interessenslagen zu signalisieren, die der politische Raum auch diskutieren kann und sollte. Insofern sei das, was sich hier andeutet, offensichtlich Konsens.

Persönlich wolle Herr Hoffmann eine stichhaltige Begründung, warum eine Notlage existiert, denn er wolle, Lesart Linksfraktion, keine Fakten schaffen, die einen Bremsklotz einbauen, dass vielleicht doch mehr Zeit bestanden hat, die Dinge zu diskutieren. Wenn wirklich zwingend Handlungsbedarf besteht, warum habe man nicht schon vorher ein Signal erhalten, dass man eine Satzung braucht, die vielleicht im Vorfeld entsprechend abgeglichen worden wäre, dann hätte man jetzt diese Situation nicht.

Ihn habe der erste Teil der Ausführungen von Herrn Hoffmann dahingehend überrascht, da er als regelmäßiger Leser der Mitteldeutschen Zeitung von dieser Eilvorlage, welche von Herrn Dr. Exner unterschrieben war, gestern früh Kenntnis genommen habe, legte **Herr Dr. Plettner, FDP-Fraktion**, dar.

**Frau Ehlert, Fraktion Die Linke.**, bezog sich auf die konstituierende Sitzung, wo man sich einig war, dass ein geschäftsführender Ausschuss gebildet werden soll. Die Begründung hatte sie vorhin bereits gegeben. Sie hatte das auch so verstanden, dass die Hauptsatzung befristet war, aber das wurde eben anders erläutert. Da offensichtlich seitens des Präsidiums Konsens besteht, das so zu tun, wolle sie den offiziellen **Antrag** einbringen zur Bildung eines geschäftsführenden Ausschusses, wie bereits zur konstituierenden Sitzung beschlossen wurde. Die Zusammensetzung des o. g. Ausschusses ist in der nächsten Stadtratssitzung zur Beschlussfassung vorzulegen.

**Herr Tonndorf, Fraktion Pro Dessau-Roßlau/NEUES FORUM**, erklärte, wenn man sich die Terminkette ansehe, könne er die aufgemachte Eile verstehen. Die Hauptsatzung in Roßlau sei mehr als 10 Mal geändert worden. Wichtig sei, dass man eine habe. Deshalb unterstütze er die von Frau Nußbeck eingebrachte Intention. Er sei auch in einem Ortschaftsrat und die Ortschaftsräte müssen auch darauf achten, dass die §§ 86 und 87 der Gemeindeordnung bezüglich der Ortschaftsverfassung auch in der Hauptsatzung dokumentiert sind. Er verstehe, dass das Landesverwaltungsamt einen

Bremsklotz gesetzt hat, aber er denke, wenn Stadtrat und Ortschaftsräte vertrauensvoll miteinander arbeiten, würden sich sogar diese Passagen unnötig machen.

**Herr Schönemann, Fraktion Die Linke.**, bezog sich auf das Stichwort vertrauensvoll, was das Problem sei. In der konstituierenden Sitzung gab es einen Bedarf, der Hauptsatzung und der Geschäftsordnung in bestimmter Richtung eine neue Qualität zu geben, darüber war man sich einig. Man war sich einig, dass die Hauptsatzung und Geschäftsordnung befristet bis zum 31.12.2007 gelten sollen und dass über den Geschäftsausschuss eine geänderte Form auf den Weg gebracht wird. Er sehe jetzt das Problem darin, dass, obwohl diese Übereinkunft existiert, die Verwaltungsspitze die aus seiner Sicht mangelhafte Hauptsatzung und Geschäftsordnung zur Genehmigung eingereicht hat. Das hätte passieren können in Abstimmung mit den Fraktionen, was kein Problem gewesen wäre, genau mit der Erklärung, die Frau Nußbeck vorhin deutlich gemacht hat und es hätte dazu diesen Ausschuss geben können. Dann wäre man heute hier auch anderer Meinung gewesen. Er habe die Frage, ist das Wort vertrauensvoll an dieser Stelle angebracht?

Es sei eine Selbstverständlichkeit, Satzungen der Kommunalen Aufsichtsbehörde zur Genehmigung vorzulegen und bedürfe keines Beschlusses des Stadtrates, betonte **Herr Kolze, CDU-Fraktion**. Im Übrigen sei er der Meinung, dass der geborene Ausschuss, der sich mit Satzungsänderungen zu befassen hat, der Hauptausschuss ist. Genau in diesen Ausschuss gehöre auch die Befassung mit der Hauptsatzung, weshalb er zur Vereinfachung des Verfahrens dafür plädiere, die Mechanismen zu nutzen, die sich auch in den vergangenen Wahlperioden in Dessau bewährt haben, nämlich die etablierten Ausschüsse.

**Herr Oberbürgermeister Koschig** merkte zur Anfrage der Eilbedürftigkeit an, man habe umgehend, nachdem die konstituierende Sitzung die Hauptsatzung als wichtiges Dokument verabschiedet hat, wohl wissend, dass man daran noch arbeiten müsse und wolle, diese Satzung eingereicht, welche sogar mit zwei Anmerkungen vom Landesverwaltungsamt genehmigt wurde. Wenn man jetzt beitrete, habe man eine voll geltende Satzung mit diesen beiden Dingen, über die man ohnehin noch reden wolle. Man sei aber voll handlungsfähig.

Alles, was bis jetzt von uns getan wurde, war immer mit einem kleinen Haken zu versehen und passierte immer in einer satzungslosen Zeit. Es treffe fast alle Landkreise und die kreisfreie Stadt Dessau-Roßlau, weshalb der Präsident des Landesverwaltungsamtes hier wohlwollendes Verwaltungs- und Prüfungshandeln zugesagt hat. Zu den Veröffentlichungen habe es extra Dienstberatungen gegeben, aber gleichwohl hatte man immer ein unsicheres Gefühl in allem Verwaltungshandeln. Dieses könne man heute ausräumen und man habe eine vernünftige Satzung.

Es bestand klarer Konsens im gesamten Haus, dass an der Überarbeitung der Hauptsatzung gearbeitet wird. Die Verwaltungsspitze habe das als Recht abgeleitet, das umgehend im Stadtrat vorzutragen, weil es lediglich um den Beitrittsbeschluss geht. Der gesamte Inhalt fand die Billigung des Stadtrates am 01. Juli 2007.

Man hatte sich dazu im Präsidium verständigt, zielführend zu versuchen, die Sache vorzubereiten, um dann in der nächsten Runde die Geschäftsordnungskommission hinzu zu nehmen, um sachlich, unabhängig von parteipolitischen Überlegungen, zu einem

Lösungsweg zu kommen, der dann natürlich über die entsprechenden Gremien geht, erklärte **Herr Dr. Exner, Stadtratsvorsitzender**. Das war, bevor die Beschlussvorlage auf die Tagesordnung kam. Den Weg werde man auch so weiter verfolgen. Vor diesem Hintergrund würde der Änderungsantrag nur die bereits offenen Türen einrennen, so dass er das als unterstützendes Votum sehe. Dies stehe aber mit dem heute zu fassenden Beschluss nicht in unmittelbarem Zusammenhang.

Vom Prinzip her müsste man die jetzt entstehende öffentliche Diskussion unter den Ortschaftsräten ausräumen, dass sich der Stadtrat über ihre Köpfe hinweg verselbständige, merkte **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke.**, an. Das, was vom Landesverwaltungsamt beanstandet wurde, sei der reine Fakt, was jetzt zur Beratung nötig ist, verlange die Einbeziehung und Anhörung der Ortschaftsräte.

Abschließend fügte **Herr Hoffmann** an, das Präsidium wolle mit den Fraktionsvorsitzenden sozusagen in Klausur gehen, wenn die Unterlagen da sind. Als nächsten Schritt gehe es dann in einen Ausschuss. Es würde also nichts gebildet, was in einem rechtsfreien Raum ist. Im Hauptausschuss seien ohnehin fast alle Fraktionsvorsitzenden Mitglied.

**Herr Stadtratsvorsitzender Dr. Exner** brachte die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Sie wurde mehrheitlich angenommen.

**Abstimmungsergebnis:** 34:00:07

Dessau, 23.06.09

---

Dr. Stefan Exner  
Vorsitzender Stadtrat

E. Baumer  
Schriftführerin